

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

35 (11.2.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
anzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restante-Millimeter-
zeile 40 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Bei der Nichterfüllung des
Anzeigenvertrages, bei gerichtlicher Forderung und bei Konturs an der Kasse tritt ein Erschlagungs-
und Gerichtsbeschluss in Karlsruhe i. D. o. Schluß der Anzeigen-Anstalten 4 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, jährlich 14,40 Mark. Einmalige Anfertigung
1,90 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Einmalige Anfertigung 10 Pfennig o. Ge-
schäft 5 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postgebühren 2000 Mark o. Geschäftsstelle
und Redaktions: Karlsruhe i. D. Mittelstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Postfach 7111
Durlach, Hauptstr. 9. B.-Behen, Jagdbühelstr. 12; Kehlstr. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Numer 35 Karlsruhe, Donnerstag, den 11. Februar 1932 52. Jahrgang

Nationalsozialistische Tschecha

Mordanschlag auf Schäfer

Der Enthüller der Bozheimer Dokumente weiß dem Hakenkreuz zu viel

Zwidau, 10. Febr. Die Polizeidirektion teilt mit: Gestern nacht hat ein Unbekannter auf den früheren nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Schäfer einen Mordanschlag begangen. Dr. Schäfer hatte in Werdau gesprochen und war dann nach Zwidau gefahren. Gegen halb 12 Uhr befand er sich auf dem Wege nach seinem Hotel. Am Rathausplatz fiel plötzlich ein Schuß, der ihn am rechten Oberarm verletzte. Dr. Schäfer konnte nicht angeben, wer den Schuß abgegeben hat. Als der Schuß fiel, fuhr ein Kraftwagen, der nicht erkannt worden ist, an ihm vorbei. Kurz darauf haben auch einige Personen einen jungen Mann die Wilhelmstraße entlangrennen sehen. Es ist anzunehmen, daß dieser der Täter gewesen ist.

Die Verletzung Dr. Schäfers ist so schwer, daß er in das städtische Krankenhaus übergeführt werden mußte. Schäfer, der die Bozheimer Dokumente enthüllt hat, wird von seinen früheren Parteigenossen mit sonderlichem Gehör behandelt. Die Bozheimer Dokumente sind auch das heimtückische Mittelstück zu nächster Stunde.

Die Einzelheiten über den Mordanschlag wird noch folgendes bekannt: Dr. Schäfer, der in den ersten Abendstunden auf dem Bahnhof in Werdau eingetroffen war, wurde dort schon von Nationalsozialisten belästigt und bedroht. Er hat er unter polizeilichem Schutz das Versammlungshotel aufsuchen müßte. Nachdem die Drohungen der Nazis an den Wirt des Versammlungshotels, den ganzen Saal zu demolieren, nichts gescheitert hatten, wurde versucht, durch Provokationen aller Art die Versammlung unmöglich zu machen. So hat man auch den Filialleiter des Südsächsischen Volksblattes in den Nachmittagsstunden, als er die Zeitungen von der Bahn abholt, überfallen und blutig verhaften.

Trotz dieses Terrors wurde die Versammlung abgehalten.

Nach der Versammlung, in der Dr. Schäfer, wie in sieben Versammlungen an anderen Orten vorher, die Werdauer Einwohner über die wahren Ziele der Nazis aufgeklärt hatte, fuhr Dr. Schäfer nach Zwidau, wo er für die Zeit seines Aufenthalts im Bezirk Quartier in einem Hotel besorgen hatte. Aber auch in Zwidau ist von den Nazis versucht worden, die Schäfer-Versammlung unmöglich zu machen. Man hat auch hier dem Wirt der „Neuen Welt“ gedroht, ihn zu konfiszieren, wenn er Dr. Schäfer in seinem Saal sprechen ließe. Aus all den Vorkommnissen ergibt sich, daß es sich

bei dem Mordanschlag um einen wohlvorbe-reiteten Plan handelt.

Nach dem Dr. Schäfer unbedingt noch vor der Zwidauer Versammlung befreit werden sollte. Als Dr. Schäfer in Zwidau noch vor dem Schlafengehen eine kurze Zeit spazieren ging, wurde er plötzlich am Rathausplatz,

in der Nähe des SA-Heimes von einem Auto überholt, aus dem auf ihn geschossen wurde.

Die Nummer des Autos, das sofort nach vollbrachter Tat sehr schnell weiter fuhr, konnte leider nicht festgestellt werden. Es sind aber Zeugen vorhanden, die gesehen haben,

wie der vermutliche Mordführer das Auto verließ.

hat und die Wilhelmstraße entlang geflüchtet ist. Wie wir noch er-
klären, hat der Schuß den rechten Oberarm von Dr. Schäfer durch-
schlagen. Der Verletzte befindet sich verhältnismäßig wohl und will
unter allen Umständen in der einberufenen Zwidauer Versamm-
lung teilnehmen.

Vor der Entscheidung über Hindenburg-Kandidatur

Hugenberg-Spiel und Hitler-Paraden

Berlin, 10. Febr. (Sig. Draht.) Die Entscheidung darüber, ob Reichspräsident von Hindenburg die ihm angebotene Kandidatur für die bevorstehende Präsidentschaftswahl annehmen wird, steht unmittelbar bevor.

Vorausichtlich wird sich am Donnerstag der Ruffhäu-
ler und für Hindenburg erklären.

Der Stahlhelm hat sich bisher unter dem Druck von Hugenberg zu einer offiziellen Stellungnahme noch nicht entscheiden können. Sein Bundesvorstand ist an sich für Hindenburg, bei dem er am Mittwoch vorsprach. Wenn er sich dazu bis jetzt nicht offen bekannt hat, dann aus der Besorgnis heraus, daß Hugenberg ihm künftig keine finanzielle Beihilfe mehr leisten wird und die

deutschnationalen Mitglieder des Stahlhelm zur Wahl gegen Hindenburg aufrufen wird.

Hugenberg ist unter allen Umständen gegen Hindenburg, solange Brüning Reichkanzler ist. Sein Ziel, Brüning über das Reichspräsidentenpalais zu stürzen, dürfte er jedoch nicht erreichen. Er wird sich deshalb am 13. März entweder selbst wählen oder für Nazi-Frick stimmen. Aber was er machen wird, soll er bisher selbst nicht wissen.

Die Königlich Preussische Zeitung, das Hauptorgan des Zentrums, kommt in einem Artikel, der sich mit Hugenberg, Hitler und dem Dritten Reich beschäftigt, zum Schluß zu folgenden hochpolitischen Feststellungen: „Wer immer noch darin der politischen Weisheit höchsten Schluß sieht, daß Brüning gestürzt werde, muß wissen, daß er dann ohne uns allein mit den Nationalsozialisten zu arbeiten haben wird. Es gibt unter Teilnahme des Zentrums kein Zwischenkabinett oder, wie immer es heißt, ein Kabinett, das von Hugenberg beeinflusst, die Nationalsozialisten im Zaum zu halten hätte. Nein, dann verlangen wir klares Ziel, klare Verantwortung. Dann mögen Hugenberg und Hitler, Thyssen

Nazisturm auf Betriebe

Ein vergebliches „Vorgefecht“

Wie der SPD. erzählt, ist jetzt für den Aufbau einer nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation mit Wirkung vom 1. Januar als eine Reichsbetriebszellenabteilung der Nationalsozialisten eingerichtet worden. Wie sie arbeiten soll, geht aus einer Anordnung des Reichsorganisationsleiters der Nazi an alle Ortsgruppen und Stützpunktleiter der Nazibewegung hervor, von der sich eine Abschrift in Händen der SPD. befindet. Der Nazisturm befehl auf die Betriebe bejagt im wesentlichen folgendes:

„Das Vorfeld für den beginnenden Hauptkampf mit dem Marxismus ist von den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen geräumt worden. Die Hauptkraft aller Parteien kann sich nunmehr auf den Marxismus mit dem Ziele einer ideellen Ueberwindung und organisatorischen Zerstückelung richten. Eine vollkommene Zerstückelung der Organisationen des Marxismus ist nur möglich durch eine vorangegangene ideelle Ueberwindung der marxistischen Theorien.“

Die NSD. soll keine Ueberleitung zur Bildung eigener Gewerkschaften sein, da diese sich tatsächlich „gegenüber den bestehenden festgefügten und traditionellen Gewerkschaften aller Richtungen kümmerlich“ ausnehmen würde. Die historische Aufgabe der NSD. wird darin bestehen, die Betriebsbelegschaften vom Marxismus zu lösen und sie für den Nationalsozialismus zu organisieren. Das würde gelingen, wenn die Industrie-Arbeiter- und Angestelltenvereine nicht hundertprozentig marxistisch organisiert. Schließlich muß die NSD. eine einzige große Schul- und Vorbereitungsanstalt für die Spezialfragen der Gewerkschaften und des Wirtschaftsprozesses überhaupt sein. Der in dieser Schule geschaffene Staat muß dann den Sturmbock bilden, der bei der Eroberung der politischen Macht unterstützt durch die Massen gefolgsamstmäßig vorgebildeter Sympathisierender die Gewerkschaften besetzen muß.“

Wer den Arbeiter hat, hat Deutschland. Ohne den Arbeiter gehts nicht. Die Feinde des Arbeiters wissen das sehr gut und deshalb will die Nazibewegung den Kampf um den deutschen Arbeiter, koste es was es wolle, durchsetzen. Dieser Kampf soll jetzt von den Fantasten im Braunen Haus in die Betriebe getragen werden. Strategisch wollen sie die Eroberung der Betriebe durch den Aufbau oben genannter Betriebszellenorganisation führen.

Der Betriebszellenvorkampf der Nazi wird damit begründet, daß jetzt erst das Vorfeld im Kampf gegen den Marxismus freigemacht worden sei. Bisher haben wir immer gehört, der Sieg Hitlers ließe unmittelbar bevor. Nun auf einmal muß zum Sturm gegen die Hauptstützpunkte des Marxismus, gegen die Gewerkschaften, erst noch der Kampf vorbereitet werden. Schon vor mehr als einem Jahr wurden die Nazigetreuen damit vertröstet, daß spätestens im Februar die Sache zum Kampf komme, nun heißt es, jetzt erst sei das Vorfeld frei, jetzt erst gehe es um Kampfangriff gegen den eigentlichen Gegner. Das schwerste Stück Arbeit, der

Angriff gegen die Stellung der Gewerkschaften in den Betrieben

muß also erst noch bewältigt werden. Das Dritte Reich ist noch in weiter Ferne.

Der Kampf in den Betrieben soll durch ideelle Ueberwindung des marxistischen Geistes durchgeführt werden. Das ist

und Goebbels, Hitler und Feder, Eulenburg und Frid zeigen, wie sich nationaler Sozialismus und soziale Reaktion, wie sich Großgrundbesitzer-Politik und Bodenreform, wie sich die Ziele der „Köpfe“ mit den Wünschen der Massen vereinen lassen. Das Zentrum wird grausam genug sein, dieses Spiel bei offenem Vorhang über die Bühne gehen zu lassen, wenn die Notwendigkeit dazu auftritt. Aber da dieser Wille des Zentrums bekannt ist, wird das Spiel niemals stattfinden.“

Das Hitler hielt am Dienstagabend im Berliner Sportpalast eine Parade ab, zu der er und seine Komplizen nicht nur die ausländische Presse, sondern auch mehrere ausländische Gesandtschaften geladen hatte. Nur leistete dieser Einladung weder ein maßgebender ausländischer Journalist, noch irgend ein Gesandter oder gar Botschafter einer ausländischen Mission Folge, so daß der Nazi mit seinem Stab und SA-Leuten unter sich blieb.

Das hielt natürlich im Verlauf der Veranstaltung auch eine Rede. Er kündigte an, daß er der Eisernen Front eine „lebendige“ entgegenstellen werde und dann orakelte er über die Reichspräsidentenwahl. Der Entschluß, der darüber von ihm getroffen werde, würde zur richtigen Zeit bekanntgegeben werden. Ganz Deutschland werde über diesen Entschluß in Begeisterung ausschreien.

Und welcher Art ist dieser Entschluß? Er wird nur der sein, daß Ullrich sich selbst für den zweiten Wahlgang in Vorschlag zu bringen beabsichtigt. Aber nicht vor Begeisterung, sondern vor Gelächter, wie es dem Gen darm von Hindenburgs und Bürgerbräu-Putschisten zukommt.

etwas ganz Neues. Geist war bisher bei der Hitlerbewegung nicht die Spur zu entdecken, und jetzt auf einmal und ausgerechnet im Kampf mit den Gewerkschaften will man es mit dem Geist probieren. Das ist etwas viel Kühnheit. Ist auch der Gen darm der Schwerindustrie dahinter gekommen, daß man mit dem Säbel wohl einen Menschen nieder schlagen aber niemals überzeugen und innerlich gewinnen kann. Ideelle Ueberwindung des Marxismus. Ja, wenn das so leicht wäre. Schon vor fast 100 Jahren hat Heinrich Heine darauf aufmerksam gemacht, daß in Deutschland die freie sozialistische Bewegung die Zukunft habe, weil sie den Menschen von innen her packe, weil für den deutschen Arbeiter die soziale Frage keine bloße Hungerfrage sei, weil der deutsche Arbeiter nicht mit einem Blutegel verglichen werden könne, der, wenn er satt sei, abfalle. Für den gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter ist die soziale Frage auch eine Frage des Grundgedankens der Demokratie.

Auf den geistigen Kampf in den Betrieben sind wir gespannt, denn bisher war der Kampf der Nazis doch nichts anderes als Faustkampf. Einen einzelnen politischen Gegner niederhauen, ist keine Kunst. Aber den organisierten Arbeiter im Betrieb oder gar den gewerkschaftlich durchgebildeten Betriebsrat nachzuweisen, daß ihre gewerkschaftlichen Gedanken und Ideenwelt Unsinn sei, die ausgerechnet durch den Nationalsozialismus abgelöst werden müssen, das ist eine Kunst. Das werden die Hitlerbozer nicht fertig bringen. Leute, die wie aus der Anordnung des Reichsorganisationsleiters der Nazis hervorgeht, sich schon jetzt schleunigst mit dem Betriebsratsgesetz, dem Arbeitsgerichtsgesetz, dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Reichsgewerbeordnung, der Reichsversicherungsordnung usw. vertraut machen wollen, können einem jahrzehntlang bereits gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nichts erzählen. Die Herrschaften, die sich zum Lehrmeister aufwerfen möchten, sollen zunächst einmal selbst in die Schule gehen, bevor sie in gewerkschaftlichen Dingen mitreden wollen.

Den Gewerkschaften kann es nur recht sein, wenn die Nazis jetzt die Betriebe auf dem Wege der ideellen Ueberwindung des Marxismus reorganisieren wollen. Sie müssen dabei aber sehr gut aufpassen, sonst geht es ihnen wie so manchem Marxistentöler, der je mehr er sich in die moderne Gewerkschaftsbewegung vertieft, aus dem Saufus ein Paulus wurde. Der Marsch in die Betriebe kann sehr leicht für die treuesten Hitlerjungen nicht ein Marsch nach Rom, sondern ein Marsch nach Damaskus werden.

Der Betriebszellenvorkampf der Hitlerbewegung ist ein hoffnungsloser Fall. Im Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters verjagt Hitlers Kunst und die Kunst seiner Geldgeber. Hitler ist bei den Gewerkschaften längst erkannt. Sie kennen seine Freunde in der Schwerindustrie besser als er selbst. Sie kennen ihre Feinde. Und der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, den Hitler nach seinem Siege gnädigst allein am Leben lassen will — Geldgeber umbringen, das wäre etwas zuviel Unban — wird vielleicht noch erkennen, daß er einer Illusion nachjagt. Hitler soll die Gewerkschaften zerstören. Das ist sein Auftrag. Er wird ihn aber nie erfüllen. Bei dem Verlust, die Gewerkschaften aus dem Sattel zu heben, läuft er Gefahr, nicht nur die Lanze, sondern auch das Genid zu brechen.

Litauische Lektion für die Nationalisten

Das gefährliche Spiel mit der Plattenbedrohung gegen Polen

Der Vorwärts veröffentlicht zu dem litauischen Gewaltstreik in Memel folgende sehr instruktive Feststellung: Der litauische Gewaltstreik gegen die memelländischen Deutschen ist nichts anderes als eine Niederlage derjenigen Oberösterreichler, die geglaubt haben, die schwerwiegenden litauisch-polnischen Differenzen in deutschem Sinne auszunutzen zu können. Kurz gefasst: Da Litauen sich mit Polen wegen der Wilna-Frage bis auf den Tod verfeindet hat, gab es genug Leute in Deutschland, die in Litauen einen willkommenen Bundesgenossen zum Eintreffen Polens zu finden glaubten. Es ist gar kein Zweifel darüber möglich, daß die Lage der memelländischen Deutschen sich von Jahr zu Jahr verschlechterte, und daß sie keineswegs diejenige Unterstützung gefunden haben, die sonst den deutschen Minderheiten zuteil wird. Das ist um so grotesker, als die Deutschen im Memelland ganz gewiß keine Minderheit darstellen und daß der überwiegende deutsche Charakter des Landes in keiner Weise in Frage gestellt werden kann. Die Lage dieses Deutschiums, das durch die Memeler Konvention ziemlich weitgehende Rechte erhalten hatte, wurde von Jahr zu Jahr übler. Vor allem aber ist seit Jahr und Tag der den Deutschen in der Memelkonvention gewährte Rechtszustand mit tausend ad hoc-fiktiven Kniffen und Schlägen unter der deutschen Bevölkerung aller Schichten Platz gegriffen hat. Wir wiederholen es nochmals: das deutsche Volkstum im Memelland ist von unsern Vaterlandspatrioten anders behandelt worden als die deutschen Volksteile in anderen Ländern.

Die andauernden großen Verletzungen des Statuts, die schändlichen Auslegungsfünfte und vieles andere mehr, was von litauischer Seite den Deutschen zugefügt wurde, sind nichts anderes als Folgen jener Diktaturentwickelung, die seit Jahr und Tag dem guten Namen Litauen zur öffentlichen Unehre gereicht. Das aber gerade ist es gewesen, das unsere Nationalpolitiker zum wildensten Wohlwollen veranlaßt hat: in Litauen ist seit Jahr und Tag das Dritte Reich ausgebrochen, und genau so, wie die Salatenkreuz- und Stahlhelmbärmlichkeit das Deutschium Südtirols den Brutalitäten des Faschismus opfert, genau so hat in Sachen des Memellandes die internationale Sympathie der Diktaturfreunde die Luft so leicht zu entzündende Flamme der nationalen Empörung reichlich gedämpft. Wir wollen nun nicht die Meinung vertreten, daß man umgekehrt in vorliegendem Falle einen besonders hohen Ton reden müsse. Wir sind noch wie vor gegen jede Polemik, die die sowieso schon üblen internationalen Beziehungen noch weiterhin verschärft und bleiben bei der ruhigen Behandlung der Dinge, die die Sozialdemokratie auch in diesem Falle für richtig gehalten hat. Wie oft aber sind wir gerade deswegen verschmäht und verleumdet worden!

Das Spiel, das die internationale Politik um Litauen herum gespielt hat, beginnt sich nun zu rächen. Man spricht kein Gebeltnis aus, wenn man sagt, daß nicht nur Deutschland den Keinen baltischen Staat als willkommene Plattenbedrohung gegen Polen benutzt hat. Das gleiche gilt für Sowjetrußland, das allen Zeitungsbeiträgen gegen die litauische Diktatur verlesen konnte, wenn es sich darum handelte, eine Hilfsstellung gegen Polen zu finden.

Wir haben allen Anlaß, eine Politik zu bekämpfen, die wirkliche deutsche Interessen vernachlässigt, um nur vermeintlichen deutschen Interessen dienen zu können. Die sinnlose antipolnische Koalitions-politik, die heute noch immer in vielen deutschen Kreisen als national schlechtes gilt, hat eine Entwicklung heraufbeschworen, die den tatsächlichen deutschen Interessen im Osten überaus gefährlich geworden ist.

Zweierlei Nazistimmen

Wer schwindelt?

Das Berliner Nazi-Organ hat zu der Rede des Reichsministers in Genf, daß Brüning „eine große, wohl seine letzte außenpolitische Chance verpasst“ hat.

Einer der Dörcher Stillers auf der Abrüstungskonferenz in Genf, der Nazi-Oberst Hoffelmann, erklärte nach der Rede Brünnings, „die Rede Brünnings sei vom Standpunkt der NSDAP. aus ausgezeichnet!“

Was ist nun wahr?

Proklamierung einer neuen Regierung in Mukden

WTB. Paris, 10. Febr. Wie die Agentur Indopacifique meldet, sind in Peking Gerüchte in Umlauf, daß in Mukden am 12. Februar eine neue Regierung ausgerufen werden wird.

Im übrigen soll der Verkehr auf der Ostchinesischen Eisenbahn wiederhergestellt worden sein, ebenso der Anschluß an die transsibirische Strecke.

Herr Rosenberg aus Riga

Aus Berlin wird uns geschrieben: Alfred Rosenberg aus Riga, Hauptmitarbeiter Stillers, der im Kriege in Moskau studiert hat, hat im Berliner Sportpalast von der Gründung des ersten deutschen Nationalstaates große Töne geredet. Die Bundeszeitschrift des Stahlhelms hat Herrn Alfred Rosenberg aus Riga vorgerufen, er arbeite mit den Methoden der „jüdischen Journaliste“. Herr Alfred Rosenberg aus Riga hat auf den Anruf des Stahlhelms geantwortet, aber dabei den Vorwurf, daß er mit den Methoden der „jüdischen Journaliste“ arbeite weder erwähnt noch zurückgewiesen. Warum wohl?

SA-Heim als Mörder-Schlafstätte

Dortmund, 10. Febr. (Eig. Ber.) Der Dortmunder Polizeipräsident hat am Dienstag das Dortmunder SA-Heim schließen lassen. Der erwerbslose Montagenarbeiter Albrecht, der in Dortmund-Höfchle einen Trupp Kommunisten befehligte und im Polizeirevier 10 tötete, hat in der Nacht nach der Tat bis zum Sonntag morgen in dem SA-Heim geschlafen. Von dort ist er morgens um 10 Uhr in seine eiserne Wohnung zurückgekehrt. Ferner wurde festgestellt, daß die in der Nacht in dem SA-Heim anwesenden SA-Leute sich verabredet hatten, Albrecht ein falsches Alibi zu verschaffen und ihn der Verfolgung durch die Polizei zu entziehen.

Heißes Stahlhelmbrot verboten

Mainz, 10. Febr. (Eig. Ber.) Der heftige Innenminister hat die in Mainz erscheinende Monatschrift des Stahlhelms Der Stobtrump wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und Mitgliedern der Reichs- und der preussischen Regierung bis zum Mai verboten. Herausgeber des Blattes ist der frühere Landtagspräsident Dr. Wolf in Mainz.

Bürgerkriegsarmee in Döberitz

Wie lange wird dieser Skandal geduldet?

Sitters Berliner Bürgerkriegsarmee, vor deren wildem Charakter man vor allem im Reichswehrministerium die Augen verschließt, hält am dem bei Berlin gelegenen Truppenübungsplatz der Reichswehr Döberitz seit längerer Zeit regelmäßig Übungen ab, wofür das sozialdemokratische „Evandauer Volksblatt“ folgenden Bericht:

„Seit Wochen werden an jedem Sonntag auf den Exerzierplätzen von Döberitz großangelegte Feldübungen abgehalten. Die Teilnehmer an diesen Aufmärschen sind Nationalsozialisten. In den letzten Wochen wurden bei jeder Feldübung etwa 3000 Mann gezählt. Sie kommen in der Hauptsache aus Berlin. Nach der Fahrt bis Spandau geht ein Teil zu Fuß über Staaken nach Döberitz; ein anderer Teil fährt bis Hirtensdorf weiter und marschiert von da aus zum Exerzierplatz; wieder andere Gruppen bewegen zu Fuß, auf Motorrädern, Fahrrädern und Autos die Exerzierstraße; und so ist an jedem Sonntag auf den Zugangsstraßen nach Döberitz ein Betrieb wie bei einer Mobilisation. Die Übungen sehen auf dem Gelände der Reichswehr vor sich. Vor den Einmärschen stehen Soldaten als Posten; das sind die Einmärsche, an denen das Schild steht, daß Zivilpersonen nur mit Genehmigung der Kommandantur passieren dürfen. Die Posten sind passiv; und daraus ergibt sich, daß diese Feldübungen mit der Genehmigung der Reichswehrbehörden vor sich gehen.“

Jetzt ergibt sich die Frage, wie sich diese nationalsozialistischen Feldübungen mit dem Grundgesetz der politischen Neutralität der Reichswehr vereinbaren lassen? Diesem Zirkel der beiden Augen ist eine Folie der Lärnung. Die offensichtlich nationalsozialistischen Übungen jenseit unter neutraler Flagge. Die Mitglieder er-

halten pro forma eine Mitgliedskarte des Vereines „Deutscher Volkssport“ (Volkswirtschaft) und zahlen jeden Sonntag 10 Pf. Eintrittsgeld und außerdem noch irgendeinen Monatsbeitrag, damit die Sache harmlos aussieht. Der „Volkssport“ besteht in der militärischen Ausbildung; es werden alle diejenigen theoretischen und praktischen Übungen abgehalten, die zur „erfolgreichen Erziehung und Sicherung der politischen Macht“ nötig sind. Auf die Dienstverpflichtung sind die Kräfte des Dritten Reiches offensichtlich noch nicht verpflichtet worden; denn sie präbieren auf dem Seemannsamt laut und ungeniert davon, wie man sie diesmal wieder geduldet und geschliffen habe. Wie an jedem Sonntag, wurde auch am letzten Sonntag auf der Exerzierstraße von den Nationalsozialisten ein Terror ausübt, der offensichtlich in den toben beschriebenen Feldübungen wurzelt. Passanten wurden bedrängt; eine Radfahrergruppe von jugendlichen Ausflüglern wurde angehalten; einer wurde vom Rade gerissen und verprügelt; als den anderen das abnusselnde ihres Weges fahrenden Arbeiterjünglings das gleiche Schicksal blühen sollte, trat ein „Führer“ dazwischen und ermöglichte die „Flucht“ der Ueberrassenen, die dann unter dem brüllenden Gelächter der Nationalsozialisten gelang. Polizei? Sie kam erst als alles vorbei war. Die an diesem Morgen beteiligten Sifferleute haben unterdessen mit dummschamlosem Gesicht ihres Weges; als die Polizei anher sieht war, benennen die Kumpeln von neuem.

Das sind Exerzierproben für einen Bürgerkrieg; die technische Vorbereitung erfolgt auf dem Exerzierplatz der Republik. Wir fragen, wann mit diesem Skandal Schluss gemacht wird?“

Die Abrüstungskonferenz

Italien, Japan und Polen zur Abrüstung

WTB. Genf, 10. Febr. Als erster Redner vertrat auf der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz der italienische Außenminister Grandi den Standpunkt seines Landes. Hauptpunkte seiner Rede waren eine scharfe Kritik der französischen Vorschläge und eine entschiedene Ablehnung der Politik des unbegrenzten Egoismus, ferner die Wiederholung der Forderungen Mussolinis auf Gleichberechtigung aller Staaten. Grandi erklärte die Zustimmung seines Landes zu einem Plan, der folgende Punkte umfaßt würde: Auf dem Gebiet der Flottenrüstungen Abschaffung der Linienfahrer und der U-Boote, Abschaffung der Flugzeugträger; auf dem Gebiete der Landrüstungen Abschaffung der schweren Artillerie und der Tanks; auf dem Gebiete der Luftrüstungen Abschaffung der Bombenflugzeuge und endlich Abschaffung der Angriffsmittel des chemischen und bakteriologischen Krieges. Die am härtesten bewaffneten Staaten, so schloß Grandi, müßten mit gutem Beispiel vorangehen und zuerst auf die Waffen verzichten, die wesentlich für einen Angriffskrieg bestimmt seien.

Nächst sprach der japanische Delegationsführer, Vizeadmiral Matsumoto, der erklärte, trotz der unglücklichen Lage in Ostasien sei Japan entschlossen, die Sache der Abrüstungskonferenz zu fördern. Den Vorschlägen über das Verbot von Luftbombardements und der Verwendung von Giftgasen und Bakterien stimmte Matsumoto zu. Japan sei entschieden bereit, an einem praktischen Abkommen mitzuwirken, jedoch dürfe die nationale Sicherheit nicht gefährdet werden.

Der polnische Außenminister Jazelski, der dann das Wort ergriff, war der erste Vertreter, der die französische These unterstützte. Er forderte, daß der Konventionentwurf die Hauptbasis für die Arbeiten der Abrüstungskonferenz bilden solle, jedoch müsse er im Sinne der polnischen Auffassung ergänzt werden.

Die Vertrauensfrage, so schloß Jazelski, sei eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise. Man dürfe die Kapitulation gewisser Elemente nicht stillschweigend hinnehmen, die ihre egoistischen Ziele in der Verwirrung und Unordnung vollziehen könnten. Wenn die Deutschen nicht dagegen auftraten würden, so drohe die Welle des Hasses

und des Mißtrauens alles einzureißen, was mit so vieler Mühe seit der Gründung des Völkerbundes erreicht worden sei.

Sodann wurde die Debatte auf Donnerstag vormittag vertagt.

Genf, 10. Febr. (Eig. Drabt.) Die allgemeine Kommission der Abrüstungskonferenz, deren Aufgabe die Einsetzung der Arbeitsausschüsse ist, wählte am Mittwoch den tschechoslowakischen Außenminister Benesch zum Vizepräsidenten.

Das Ausland zur Brüningrede

London

WTB. London, 10. Febr. Der Genfer Vertreter der Morning Post sagt, die Rundgebungen, die Dr. Brüning zuteil wurden, seien zum Teil auf den Glauben zurückzuführen, daß Deutschland heute eine Hauptvorschlager für die Abrüstung sei. Sie seien aber auch durch die Subjektivität der Berichterstatter des Reichsfinanziers gewesen. Der Sonderkorrespondent des Daily Herald meldet aus Genf, Brüning habe der Konferenz seinen Redehandwortschatz hingeworfen, der die Forderung nach Gleichberechtigung betone. Er habe zwar die natürliche Schlussfolgerung nicht ausgeschlossen, daß Deutschland das Recht zum Aufstellen beanspruchen werde, aber diese Schlussfolgerung ergebe sich von selbst. Während andere Redner nordöstliche Worte wie „Bergung“ oder „Berminderung“ der Rüstungen brauchten, habe Dr. Brüning an dem unabweidlichen Wort „Abrüstung“ festgehalten.

New York

WTB. New York, 10. Febr. Die hiesigen Blätter bringen ausführlich die Rede des deutschen Reichsfinanziers. Herald Tribune schreibt: Frankreich werde niemals die Unterhänigkeit anderer Staaten für eine Völkerbundspolizei zur Unterdrückung Deutschlands hinnehmen, aber ebenso wenig Deutschland eine Unterwerfung zur Entwaffnung Frankreichs.

Der Reichsfinanzier wieder in Berlin

Berlin, 10. Febr. Reichsfinanzier Brüning traf heute mittags nach dem fahrplanmäßigen Zuge um 13.47 Uhr aus Genf kommend am Hamburger Bahnhof ein.

Was kostet die Rüstung Europas?

Von Major a. D. Franz Carl Endres

Das einzige Motiv für die Geneigtheit der verschiedenen Regierungen, ihre Rüstungen zu verringern, sind die hohen Kosten, die militärische Kriegsvorbereitungen erfordern. Es ergeht nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, die nicht nur den einzelnen Menschen, sondern auch die staatlichen Gemeinschaften erschöpft hat, eine wirksamere Friedensgarantie ist, als das Reden um den Frieden. Denn zum Kriegsführen gehört heute noch viel mehr Geld als je zuvor.

Es ist schon ersichtlicher, wenn festgestellt werden kann, daß die sechs alten europäischen Großmächte ihre Rüstungsausgaben, die zusammen 1888 die Summe von 1,58 Milliarden Goldmark betrug, bis zum Jahre 1913 auf 8,08 Milliarden gesteigert haben. Die Gesamtverpflichtung kostete im Jahre 1913 den Betrag von 10 Milliarden. Nachdem dann im Weltkrieg jährlich 250 Milliarden verpulvert wurden, sanken die Rüstungsausgaben 1919 in Folge von Erschöpfung, liegen aber nach dem Militärjahrbuch des Völkerbundes im Jahre 1931 auf 20 Milliarden Mark, wozu noch weitere 20 Milliarden für die Rüstungen und Pensionsausgaben treten.

In einer Welt, die andauernd nur von ihrer eigenen Zivilisation bezaubert ist, und sich nicht genug tun kann in mittelbarem Maß über „primitive“ Völker, stehen heute 6,9 Millionen Menschen als Soldaten unter den Waffen und von diesen allein in Europa 3,7 Millionen. Als Reservisten ausgerechnet dürften wir auf der Welt 39 Millionen annehmen.

Dabei kostet der einzelne Soldat jährlich: In den Vereinigten Staaten 7970 Mark, in Deutschland 6270 Mark, in England 5945 (im Empire 38 Mark), in Sowjetrußland 4235 Mark, in Frankreich 4175 Mark, in Italien 1540 Mark.

Die Großkampfwaffen der Erde weihen selbst ohne die nicht ersahbare Materialreserve gigantische Zahlen auf. Es sind 19.700 sofort kugelfähige Kriegsluftzeuge, 6200 Tanks (Rumpfwagen), 42.300 Geschütze und Minenwerfer, 4800 große Schiffschiffe, 256.000 Maschinengewehre, 115 große Schlachtschiffe und 2051 Kreuzer und andere kriegsbereitbare Kriegsschiffe mit insgesamt 5.705.000 Register Tonnen Raummehalt.

Und das alles wird von der Rüstungsindustrie hergestellt. Dazu

kommen die Industrien, die den ganzen Heeresbedarf und die ganze unermessliche große Menge von Munition und Kriegsmaterial aller Art liefern. Man überlege sich einmal in einer ruhigen Stunde, wieviel Interesse am Rüssen und damit Interesse am Kriege in allen diesen Industrien latent vorhanden ist! Und man überlege sich, welche Mittel eine andere Industrie anwenden, um ihre Produktion zu vermindern. Sie erzeugt mit allen Mitteln den Reichtum und des Ansehens eines immer steigenden Bedarfs. Genau ebenso muß es die Rüstungsindustrie machen. Ihre Reklame sehen wir in den hundertfältigen Zeitungsartikeln der nationalen Presse, ihr Angebot entzieht sich der Öffentlichkeit, wirkt aber in Parlamenten und Ministerien. Wie aber diese Rüstungsindustrie strikt nicht nur im Frieden, sondern selbst im Kriege an der heimliche Ausland liefern — während sie sich im Inlande natürlich sehr patriotisch gebärden — das ist ja durch ein Buch Hermann-Rußbüdis „Die Russische Internationale der Rüstungsindustrie“ in erschreckender Weise enthüllt worden. Die Aufführung über diese Dinge ist noch lange nicht allgemein, das Sietel der internationalen verflochtenen Rüstungsindustrien ist den atemberaubenden Menschen noch gänzlich unbekannt.

Innerhalb der gerüsteten Welt ist nun Europa selbst ein mächtiger Herd. 20 Milliarden direkte Rüstungs- und Militärausgaben der Welt stehen 12 Milliarden allein in Europa gegenüber. Dabei ist Europa an Einwohnerzahl nur ein Viertel, an Oberfläche nur ein Fünftel der festen Erde. Noch viel schlimmer aber ist das Verhältnis, wenn wir das außerordentlich große Rußland als seinem Wesen nach nicht europäisch aus Europa ausschneiden. Es ist geradezu lächerlich, was viele kleinmännlichen Staaten Resteuern an Geld nur für den Zweck ausgeben, sich gegenseitig zu würgen, und die Gesamtverpflichtung Europas dadurch zu schwächen. Die berühmte und immer wieder betonte Sicherheit des einzelnen Staates in Europa wird zur großen Unsicherheit der Gesamtstaaten die ideenreiche Stärke des im Vergleich zur Erde wünschenden Staates wird zur Schwäche der Einheit von morgen.

So ist nicht nur der enorme Geldwert der europäischen Rüstungen in absolutem Sinne eine Verhinderung wirtschaftlicher Entfaltung, auch abgesehen von sozialer Hilfsleistung, die absterben muß, wenn kein Geld für humane Zwecke zur Verfügung steht, und relativ ist die Rüstungsausgabe Europas unmittelbar und mittelbar ein Einzelstaat zu Maximieren europäischer politischen Macht, das ohnehin alle und schmach gemordete Europa unermesslich macht, den Gedanken der Zukunft, die Politik in Kontinentalpolitik zu verwirklichen.

Freistaat Baden

Aus dem Ausschuss für Gesuche und Beschwerden

Der Ausschuss für Gesuche und Beschwerden des Badischen Landtags hielt am Mittwoch, den 10. Februar eine Sitzung ab, worüber uns berichtet wird:

Unter den zur Tagesordnung stehenden 13 Punkten befinden sich drei Gesuche von Staatsbeamten um höhere Eingruppierung in der Befolungsordnung bzw. um Befreiung angeblicher Härten. Die Berichterstatter betonen, dass in keinem der drei Fälle von einer ungerechten Behandlung oder Härte gesprochen werden könne; im Gegenteil, was die Gesuchsteller beanspruchten, wäre eine Realisierung. Der Regierungsvertreter betonte besonders, dass Vorzuzugungen in der Befolungsordnung nicht vertretbar sind, auch dann nicht, wenn sich der eine oder andere auf seine „Landesoberliche Anstellung“ beruft. Der Ausschuss beschloß, dem Antrag des Berichterstatters entsprechend, in allen drei Fällen Uebergang zur Landesordnung. Weitere Gesuche betrafen ähnliche Fragen einzelner Beamter.

Eine weitere Eingabe, von der man nicht weiß, ob sie ein Gesuch, eine Beschwerde oder eine Denkschrift sein soll, befaßt sich mit der Krebsbekämpfung. Ein Arzt beklagt sich, daß er sich wiederholt Male darüber, daß seine neue Heilmethode für Krebskranker keine Würdigung in der großen Öffentlichkeit und Wissenschaft finde; er schimpft auf seine Kollegen und die Behörden und hofft nun vom Landtag, daß er ihm Gerechtigkeit und Anerkennung widerfahren läßt. Der Ausschuss lehnt es ab, in wissenschaftliche Diskussionen über die Art der Krebsbekämpfung einzutreten. Dies ist Aufgabe der beruflich-wissenschaftlich-medizinischen Stellen. Um aber zu zeigen, daß der Landtag der Bekämpfung der verheerenden Krebskrankheit nicht interesselos gegenübersteht, beschloß der Ausschuss: Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme.

Parlamentarische Stillblüte in Aussicht auf das Dritte Reich. Aus dem Ausschuss für Gesuche und Beschwerden wird uns weiter geschrieben:

Vor Eintritt in die Tagesordnung des am Mittwoch (10. Febr.) laufenden Ausschusses für Gesuche und Beschwerden unterhielt sich der nationalsozialistische Abgeordnete Herbert Kraft, Professor in Mannheim-Zweidenheim in privater Weise mit dem Vorsitzenden des Ausschusses. Ein Abgeordneter des Zentrums nahm sich die Freiheit, eine Zwischenbemerkung in die Unterhaltung einzustreuen. Darauf schreiet der schon einmal geobrigte Abg. Kraft-Mannheim in entrüsteter Weise: „Wenn ich mich mit jemand privat unterhalte, so geht das Sie einen Sch... bred an.“ Darauf der Zentrumsabgeordnete verblickt: „Das ist wohl akademische Bildung!“

Die Kirche klagt gegen Naziblatt

D3. Freiburg i. Br., 10. Febr. Die Kirchenbehörde hat gegen die nationalsozialistische Zeitung Der Mann an der Staatsanwaltschaft Karlsruhe Klage erhoben wegen Beleidigung des Dekans Meißner.

Ebbe bei den Nationalsozialisten

Der Versammlungsbesuch sinkt ab

Man schreibt uns: Die Herren Nazis haben sich in ihren Presse-Craanen und den sonstigen Veröffentlichungen immer damit gebrüht, daß ihre sämtlichen Versammlungen überfüllt seien. Es darf auch ruhig ausgemacht werden, daß die Neugierde und die gegenwärtige schlechte Zeit manche Leute in die nationalsozialistischen Versammlungen getrieben hat, die sich sonst dem politischen Leben fernhalten. Aber bereits beginnt der Abtrieb. Man kann sich nicht monat- oder jährlich an politischen Proben herauslassen. Ein Schulbeispiel aus Schönau bei Heidelberg: Dort wollte am 28. Januar im Gasthaus zum „Löwen“ der bekannte Nazi-Redner Dr. Roth aus Mannheim über das Thema sprechen: „Die freien Gewerkschaften und ihre Sorgen“. Gewiß eine zugkräftige Nummer, zumal die Einberufung, die Ortsgruppe Schönau der Nationalsozialisten war. Aber, ach, es war kein Geschäft mit der Verleumdung und der Beleidigung der Gewerkschaften zu machen. Auf 8 Uhr abends war die Versammlung einberufen; erst kurz vor 9 Uhr konnte sie eröffnet werden und ganze 30 Mann stellte Schönau selbst. Die übrigen Versammlungsteilnehmer hatte man aus Wilsheimfeld, Heilbrunn, Heilbrunn und Neckargemünd zum Zusammenstromen. Diejenigen, auf welche es abgesehen war, die Arbeiter, fehlten vollständig. Sie hielten sich im Garten der Wirtschaft auf und machten gar keine Miene, die nationalsozialistische Versammlung zu besuchen.

Was tat man? Der Versammlungsleiter hat sie, doch ja hereinzu lassen und Herr Dr. Roth anzuhören, dafür brauchten sie nicht einmal Eintrittsgeld zu bezahlen. Ganz umsonst sollten sie das Vergnügen haben. Jedoch diese „hochbeinigen Gesellen“ beschränkten sich auf ihre Weigerung, was anscheinend dem Referenten sehr unangenehm war, denn er wollte doch fürchterlich Musterung mit den freien Gewerkschaften und den „Bongsen“ halten. Zu seinem Schrecken mußte dann Herr Dr. Roth feststellen, daß nur ein paar politische Gegner anwesend waren, da lohnte sich so wohl kaum, ernsthaft den Vernichtungsversuch gegen die Gewerkschaften zu unternehmen. Dr. Roth sprach matt und gar nicht beweiskräftig; er sah sich anscheinend alles für die Diskussion aufgearbeitet. Aber auch hier große Enttäuschung, denn — eine Diskussion fand nicht statt, kein einziger der Angegriffenen oder der im Garten postierten Arbeiter fand es für angebracht, Herr Dr. Roth einer Entgegnung zu würdigen. Vergeblich darüber, daß sich Herr Dr. Roth nicht mehr veronläßt, ein Schlusswort zu sprechen. Ganz und Klangeos sind die Versammlung zu Ende — und die freien Gewerkschaften und ihre „Bongsen“ leben noch.

Das Schönauer Beispiel hat man auch anderwärts beobachtet. Der Versammlungsbesuch bei den Nationalsozialisten geht zurück. Die Quarta der Nazis schwindet. Auch die Räte läßt man nicht mehr so häufig tollen, wie man das in früheren Versammlungen wochenlang gemacht hat. Die jüngsten Veröffentlichungen über die Räte in Baden, der Ausschussversuch des landwirtschaftlichen Sachverständigen Walter Pleß und die Affäre des Generalinspektors Hiltner haben doch etwas Ernüchterung in die Reihe der Nazi-Anhängerschaft gebracht.

Auflösung einer nationalsozialistischen Versammlung in Freiburg

Freiburg i. Br., 10. Febr. Die Ortsgruppe Freiburg i. Br. des NSDAP, hatte für Mittwoch abend in die Stadt, Kunst- und Festhalle eine Versammlung einberufen. Die Versammlung, in der Dr. Rudolf Albert-Dresden über das Thema „Nationalsozialistische Staats- und Wirtschaftspolitik — Deutschlands Rettung“ sprach, wurde wegen aufreißender Neuerungen des Redners vollständig aufgelöst. Die Versammlungsteilnehmer sogen dann unter Widmung nationalsozialistischer Kampflieder durch die Kaiserstraße.

Die Preisentwicklung in Baden

Das Bad. Stat. Landesamt, bekanntlich mit der Preisüberwachung in Baden beauftragt, teilt u. a. mit: Die Preisentwicklung ist in Baden, wie im Reich noch nicht abgeschlossen; die Bemühungen der mit der Preisüberwachung beauftragten Stellen, die Preise der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung anzugleichen, gehen unvermindert weiter. Dennoch darf man heute schon bei ruhiger und sachlicher Prüfung der Preisentwicklung in den letzten Wochen und Monaten feststellen, daß die Preise, vor allem die Kleinhandelspreise, für einen erheblichen Teil der Waren, vor allem jener des täglichen Bedarfs, nicht unbedeutend gesunken sind. Der beste Beweis für diese Beobachtung ist der Lebenshaltungsindex, der monatlich zweimal in den Ländern, also auch in Baden, wie im Reich berechnet wird. Diese Berechnung wird außerordentlich sorgfältig vorgenommen, und es sind

weitgehende Maßnahmen getroffen, um einen Irrtum oder gar eine einseitige Beeinflussung der Feststellungen auszuschalten. Dieser badische Index der Lebenshaltung ist im Monatsdurchschnitt des Januar um 4,5 Prozent gesunken, gegenüber dem Monatsdurchschnitt Dezember 1931; er beträgt jetzt 128,7.

So anerkennenswert die Bemühungen des Statistischen Landesamtes ist, dem wir weiter frische Energie bei seinem noch fortzulegenden Werke wünschen, so ist gegenüber seinen Mitteilungen doch darauf hinzuweisen, daß die Kaufkraft der Bevölkerung in einer Weise zusammengeschrumpft ist, daß alle guten Bemühungen an der furchtbaren Lage nicht soviel ändern, als es wünschenswert ist.

Zur Senkung der Vereins- und Verbandsbeiträge

Vom Badischen Statistischen Landesamt, das mit der Preisüberwachung beauftragt ist, wird der Karlsruher Zeitung geschrieben:

Zu dem in Nr. 30 der Karlsruher Zeitung vom 5. Februar erschienenen Artikel über eine etwaige Senkung der Vereins- und Verbandsbeiträge ist dem Statistischen Landesamt eine Anzahl von Zuschriften zugegangen, die sich in der Mehrzahl zustimmend äußern. Einige dieser Zuschriften enthalten Anfragen, die eine kurze Antwort oder Aufklärung nötig machen. Zunächst sei bemerkt, daß der Artikel nur eine Anregung oder einen Rat geben sollte; eine Absicht, die Beiträge etwa zwangsweise herabzusetzen, besteht nicht. In erster Linie war an die örtlichen Vereine der verschiedenen Art gedacht, dann aber auch an jene Verbände, die sich über das Land erstrecken. Hier besteht, bei der örtlichen Verschwiebenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Möglichkeit, daß die allgemein festgesetzten Beiträge für einzelne Ortsgruppen weniger tragbar sind, wie für andere. Eine Durchprüfung der Beiträge nach dieser Seite hin könnte gewiß zur Milderung mancher Härten führen.

Selbstverständlich muß an die ganze Senkungsfrage mit vorsichtiger Hand herangegangen werden, damit nicht Vereine und Verbände, die sich besonders wichtige Aufgaben gestellt haben — es sei beispielsweise nur an jene Vereine erinnert, die sich der öffentlichen Wohlfahrt, der Förderung des Gesundheitswesens u. a. widmen —, in ihrer Leistungsfähigkeit oder gar in ihrem Bestand bedroht werden. Nicht in Betracht kommen für die angeregten Fragen der Beitragsenkung natürlich auch die Organisationen, die sich über das ganze Reich erstrecken, bei denen die Beiträge einheitlich für das Reich festgesetzt werden, und zwar von Instanzen, die nicht in Baden ihren Sitz haben. Dieser Fall trifft z. B. auf die Gewerkschaften zu, die ja auch in der Ausübung des Statistischen Landesamtes nicht genannt waren. Für diese Organisationen dürfte eine Herabsetzung der Beiträge um so weniger möglich sein, als auch auf ihnen die wirtschaftliche Krise in besonderem Maße lastet und sie durch die heutige Lage unseres Wirtschaftslebens vor neue schwere Aufgaben und Verpflichtungen gestellt sind.

Achtung!

Es lohnt sich sofort zu bestellen

Eine vorzügliche wirtsch.-statistische Propagandabroschüre in Traktatensform für nur 5 Pfennig Verkaufspreis. 16 Seiten stark.

Der Gendarm von Hildburghausen

Eine Durchleuchtung von Friedrich Wendel. Bei Bestellung ab 20 Stück erhalten unsere Kolporteurte den üblichen Rabatt.

Bestellungen sofort! Für Mittelbaden an Volksfreund-Buchhandlung, Waldstraße 28, Karlsruhe.

Englands Zollpolitik angenommen

Das Ende des englischen Manchesterertums

(Die Gefahren für Deutschland und den Weltmarkt)

London, 11. Febr. In dieser Abendstunde nahm das Unterhaus mit 432 gegen 76 Stimmen die Entschloßung an, derzufolge der 10%ige Einfuhr-Zolltarif am 1. März in Kraft tritt. Weiter wurde mit 430 gegen 73 Stimmen eine Entschloßung angenommen, durch die der geplante Sonderzolltarif ausgesetzt wird, Zusatzklausel aufzugeben.

Mit der Einführung eines 10prozentigen Wertzoll auf alle Importwaren — ausgenommen Wein und Getreide, Fleisch, Fische, Wolle und Baumwolle — gibt England das Freihandelsystem auf, dem es seit einem Jahrhundert seine Stellung als erstes Industrie- und Handelsland verdankt.

Das Manchesterertum in England ist der Weltwirtschaftskrise zum Opfer gefallen.

In dem Augenblick, in dem sich das englische Unterhaus für die neue Schutzollvorlage erklärt, stirbt Cobden, der Vater der alten Manchesterpartei, einer der großen Helden der englischen Wirtschaftsgeschichte.

Die Väter des englischen Protektionismus und des neuen englischen Schutzollsystems betonen, daß das System, das England einführt, elastisch gestaltet werden soll. Man will Spielraum schaffen, um handelspolitische Zweifelsfälle und Konzeptionen abzuwehren zu können. Man denkt daran, sich in dem neuen System eine handelspolitische Waffe

zu schmieden. Eine besondere Rolle spielen dabei Vorstellungen, mit jenen Ländern, deren Währung durch die Wundentwertung in Mitleidenschaft gezogen worden ist, also mit den skandinavischen Ländern, besonders enge Handelsbeziehungen in die Wege zu leiten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der neue Kurs einer strikteren englischen konservativen Regierung eine

neue Sitzung der internationalen Warenaustauschbeziehungen

bedeutet. Insbesondere gilt das für die deutsche Wirtschaft. Sie muß auf dem großen englischen Markt neue große Absatzmöglichkeiten befürchten. An sich ist schon die rund 30prozentige Entwertung des englischen Pfundes eine außerordentliche Erschwerung des deutschen Wettbewerbes. Die „Notzölle“ in Höhe von 38 bis 50 Prozent haben einzelnen deutschen Industrien, z. B. der sächsischen Holzwarenindustrie, der deutschen Keramik usw., fast jede Möglichkeit einer Weiterbelieferung des englischen Marktes genommen. Der neue zehnprozentige Wertzoll wird sein Teil dazu beitragen, den

Widerstand zahlreicher deutscher Industrien, die nach England liefern, weiter zu erschweren und weiter zu hemmen.

Schon als man in England die „Notzölle“ einführte, trug man sich in Deutschland mit der Absicht, handelspolitische Verhandlungen durchzuführen. Angesichts der englischen Erklärung aber, daß man sich von diesen Verhandlungen fürs erste nichts verspreche und daß man die endgültige handelspolitische Gestaltung in England abwarten müsse, hat man von diesen Verhandlungen abgesehen. Sie werden jetzt unerlässlich und müssen in die Wege geleitet werden. Falls wäre es, wenn Deutschland die Vorgänge in England zum Anlaß nähme, um Zollaufhebungen durchzuführen. Wir haben wahrlich bis jetzt schon hinreichend Anschauungsunterricht erhalten, wie verhängnisvoll sich die Abwertungspolitik auswirken muß und wie hier ein Keil naturgemäß den anderen treibt. Schon das Echo, daß die Beschränkung der englischen Kohleneinfuhren nach Deutschland in maßgebenden englischen Kreisen gefunden hat, trotzdem die deutsche Regierung allzuwichtig verachtet, daß diese Einschränkung der englischen Kohleneinfuhr keine handelspolitische Maßnahme darstelle, sondern nur dem verminderten Kohlenverbrauch in Deutschland Rechnung trage, soll uns gezeigt haben,

wie gefährlich das Terrain ist, auf dem die deutsche Handelspolitik zu operieren hat.

England rechtfertigt seine protektionistischen Maßnahmen durch Hinweis auf seine Wirtschaftslage, seine unausgeglichenen Wirtschaftsbilanzen, durch den Hinweis auf den wachsenden Unterschied zwischen seinem Export und seinem Import. Man kann nicht leugnen, daß dem so ist. Eine andere Frage ist jedoch die, ob England mit seinem neuen Zollsystem die Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft beseitigen können wird. Der englische Innenminister, der liberal eingestellt ist und es abgelehnt hat, mit den Schutzollfreunden durch die Welt und dann zu gehen, hat in der Sondiskussion mit Recht betont, daß der englischen Wirtschaft

keine Zollkommission statt

te, sondern vielmehr eine Industriekommission zur Reorganisation und zur Rationalisierung der englischen Wirtschaft. Es ist zwar möglich, daß mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen der unerwünschte Industriewarenimport nach England abgedrängt werde. Aber mit einem Zollsystem könne man nie und nimmer die Ausfuhr schützen und erhalten und auch die Wundentwertung habe die englische Ausfuhr nicht fühlbar getroffen. Man dürfe nicht vergessen, daß in England noch immer jeder fünfte Bürger vom Export lebt. Das trifft die Nagel auf den Kopf. Die Wundentwertung war sicherlich ein problematischer Schritt. Das neue Zollsystem, durch das die zur Macht gelangten konservativen den Einflüssen der Interessenten in der Großindustrie unterliegen die

Prinzipien eines Jahrhunderts über Bord werfen, ist noch problematischer.

Man kann nur hoffen, daß englischer Wirtschaftssinn sich bald durchsetzt und England wieder zu einem Faktor wird, der die Preisgünstigkeit der Waren in der Welt nicht hemmt, sondern fördert.

Außenhandelsrückschlag bringt Devisenschwund

Man schreibt uns: Der Hauptgrund für die gegenwärtigen Devisenabzügen scheint in erster Linie auf dem Gebiet des Außenhandels zu liegen. Wir haben die großen Exportüberschüsse des deutschen Außenhandels, die bis an 400 Millionen Mark monatlich gingen, als Krisenzufall und vorübergehende Erscheinung bezeichnet. Wir haben immer gesagt, daß hier infolge Schrumpfung des gesamten Welthandels früher oder später ein Rückschlag eintreten muß. Diese Rückschläge scheinen sich, gemessen an unserem Deviseneingang, der zu wünschen übrig läßt, viel früher einstellen zu wollen, als man angenommen hat. Der deutsche Export muß sich, am Deviseneingang gemessen, auf stark abfallender Linie bewegen. Die Dummheiten der deutschen Handelspolitik, z. B. die Erhöhung des Butterzolls, womit wir wichtige Absatzmärkte vor den Kopf gestoßen haben, dürften außerdem mit den Abwehrmaßnahmen des Auslandes gegen den sogenannten unerwünschten Import, mit der Wundentwertung usw. dazu beitragen haben. Wenn man in Deutschland handelspolitische Dummheiten macht, geht man über Warnungen leicht hinweg. Dann heißt es, das Ausland werde sich damit schon abfinden. Das „diese Ende“ kommt aber hinterher und wie dieses „diese Ende“ aussieht, zeigt das Schwinden unserer Währungsreferenz.

Die Eisene Front

Der Einheitsverband der Handels- und Gewerbetreibenden und freien Berufe, der in Leipzig seinen Sitz hat, hat sich als Gesamtorganisation dem Kamalutschuh der Eisernen Front angeschlossen. Seine Gau- und Ortsgruppenverbände werden angewiesen, sich an den bezirklichen bzw. örtlichen Aktionen der Eisernen Front zu beteiligen.

Aus aller Welt

Edgar Wallace gestorben

Hollywood, 10. Febr. Edgar Wallace, der bekannte englische Roman- und Drehbuchschreiber, ist heute hier verstorben.

Drei Todesopfer der Winterkür an der See

Köln, 10. Febr. Der heute sehr unruhigen See sind drei Menschenleben zum Opfer gefallen. Das Boot des Fischers Tarnow aus Neff, in dem sich außer ihm selbst auch die Brüder Ewald und Gerhard Holz aus Neff befanden, wurde, bald nachdem es den Neffter Hafen verlassen hatte, von einer Welle erfasst und zum Kentern gebracht. Keiner der drei Insassen konnte sich retten, auch die Nachforschungen nach ihnen sind ergebnislos geblieben.

M. 2-Katapult gehoben!

Den mit der Bergung des vor der englischen Küste gesunkenen U-Bootes „M. 2“ beauftragten Tauchern gelang die Hebung des kleinen Katapultflugzeuges des U-Bootes.

Eiswelle über Berlin

Berlin, 10. Febr. In der vergangenen Nacht waren in Berlin die bisher niedrigsten Temperaturen in diesem Winter zu verzeichnen. In der Innenstadt sank das Thermometer bis auf 13 Grad Kälte und in den Außenbezirken wurden 14 Grad minus und stellenweise noch tiefer liegende Temperaturen gemessen.

Kommunist bricht in Konsumverein ein

Kiel, 10. Febr. (Eig. Draht). Das Kieler Schöffengericht verurteilte den Kommunistenführer Rüd aus Bordesbøl zu fünf Monaten Gefängnis. Rüd war in einem Arbeiterkonsumverein eingedrungen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er gerade in den Konsumverein eingedrungen sei, antwortete Rüd, es sei nicht seine Absicht gewesen, einen privaten Geschäftsmann zu schädigen.

Hygieneausstellung liquidiert

Dresden, 10. Febr. (Eig. Draht). Die vorjährige Hygiene-Ausstellung in Dresden hat mit einem Fehlbetrag von 890 000 Mark abgeschlossen. Seit 1921 wurden in Dresden zehn Ausstellungen veranstaltet, die zu einem Gesamtfahrlauf von 2,5 Millionen Mark führten. Die Ausstellungen wurden jetzt liquidiert.

200 000 Franken Pension für verdiente französische Präsidenten

Paris, 10. Febr. Der Finanzausschuss der Kammer hat heute beschlossen, den ehemaligen Präsidenten der Republik eine jährliche Pension von 200 000 Franken zu bewilligen. Allerdings wurde die Einschränkung gemacht, daß diese Pension nur den ehemaligen Präsidenten der Republik zuerkannt werde, die sich um das Vaterland verdient gemacht hätten. Diese Einschränkung bezieht sich darauf, daß die Pension vor allem Poincaré zugute kommen soll.

jährliche Pension von 200 000 Franken zu bewilligen. Allerdings wurde die Einschränkung gemacht, daß diese Pension nur den ehemaligen Präsidenten der Republik zuerkannt werde, die sich um das Vaterland verdient gemacht hätten. Diese Einschränkung bezieht sich darauf, daß die Pension vor allem Poincaré zugute kommen soll.

Die Handelsinteressen der Großmächte in China

Unsere Aufstellung zeigt die außerordentlich hohen Zahlen, die die Ein- und Ausfuhr des wirtschaftlich so wenig entwickelten China infolge der Größe seines Gebietes und seiner Bevölkerungszahl aufweist. An der Spitze der interessierten Mächte steht mit einem jährlichen Gesamtumsatz von über 1700 Millionen Mark Japan, das infolge des Boykotts seiner Waren nun gegen China zu den Waffen griff. Über 1100 Millionen Mark betragen auch die Einfuhr und die Ausfuhr von und nach dem Umschlaghafen Hongkong; in dieser Zahl ist jedoch ein großer Teil der Handelsbeziehungen mit England und Deutschland enthalten. Interessant ist weiterhin die starke Aktivität der deutschen Handelskonten gegenüber China und die auffallende Passivität der französischen Bilanzen (52 Millionen Ausfuhr aus Frankreich gegen 174 Millionen Einfuhr nach Frankreich), die sich aus dem Rohstoffbedarf der französischen Seidenindustrie erklärt.



Getreineauszug

5. Klasse 38. Preussisch-Schlesische Staats-Lotterie. Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotsen gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

1. Ziehungstag 9. Februar 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

Table with 2 columns: Lot number and Prize amount. Includes entries like '2 Gewinne zu 25000 M.', '4 Gewinne zu 10000 M.', etc.

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

Table with 2 columns: Lot number and Prize amount. Includes entries like '4 Gewinne zu 10000 M.', '6 Gewinne zu 5000 M.', etc.

Kleine bad. Chronik

Die Mörder von Nordstetten verhaftet

Wilschwenningen, 10. Febr. Die Polizei von Schwemlingen a. N. nahm gestern den 24 Jahre alten arbeitslosen verheirateten Schmid Georg Limmer und den 25 Jahre alten verheirateten Arbeitlosen Alois Boed von Schwemlingen, beide aus Bayern gebürtig, in ihren Wohnungen beim Landwirt und Händler Link von Nordstetten bei Wilschwenningen in einem Hofe ermordet. Den tödlichen Schlag führte Limmer. Nach anfänglichem Weigern haben die Weiden, die ins Wilschinger Amtsgefängnis verbracht worden sind, die Tat eingestanden. Die Kleider, die sie bei der Tat getragen hatten, konnten in ihren Wohnungen beschlagnahmt werden.

Eiserhüttenstragödie

DJ. Konstanz, 10. Febr. Hier hat der 30 Jahre alte Kurt Richter aus Leipzig die 30 Jahre alte Tänzerin Helene S. aus Wilmshausen (Provinz Hefen-Platz) erschossen, sich selbst die Pulsadern geöffnet und dann erhängt. Die Tänzerin war seit vier Jahren in Konstanz. Richter ist erst in den letzten Tagen von Leipzig nach Konstanz gekommen und zwar in der offenkundigen Absicht, seine Geliebte und sich zu töten. Das Motiv der Tat ist Eiserhütten.

Schwerer Verkehrsunfall

Schwemlingen, 10. Febr. Heute früh ereignete sich in der Nähe des Schwemlinger Friedhofes ein schwerer Verkehrsunfall. Der 17 Jahre alte Jakob Gaa von Pfanzelt ritt mit dem Fahrrad auf der vereisten Landstraße aus und kam zu Fall, so daß ein hinter ihm fahrender Lastwagen nicht mehr ausweichen konnte. Gaa wurde etwa 10 Meter geschleift und erlitt dabei einen Oberschenkelbruch. Der Berungslinse wurde ins Krankenhaus verbracht.

Verjuchter Raubüberfall

Norzingen, 10. Febr. Ein etwa 20 Jahre alter Mann betrat den Kaufmann des Kaufmanns G. Stoll und verlangte für 4 M. Zigaretten und Tabak. Zum Befahren reichte er der bedienenden Tochter ein Inflations-Zehnjahrmarkstück. Die Tochter erkannte die Fälschung und verweigerte die Annahme. Da zog der Bürsche einen Revolver und drohte mit Erschießen, falls das Mädchen nicht wechsele. Diese schrie aber um Hilfe, worauf der Täter die Flucht ergriff und unerkannt entkommen konnte.

Nordverjud

Mittelsberg (Odenwald), 10. Febr. Die Frau des Viehhändlers Josef Pfeiffen wurde morgens in ihrer Behausung von einem Mann überfallen und durch einen Stich in der Nähe der Halsknochen verletzt. Als Täter kommt der 24jährige Dieb Friedrich Kubig Weiser in Frage, der sich offenbar dafür rächen wollte, daß ihm gekündigt worden war.

Töhlungen bei Durlach

Am Ortsausgang nach Bergaun wurden in der Nacht zum Montag zwei junge Leute von fünf verurteilten Raubtätern überfallen und von den Tätern schwer am Kopf und beiden Armen verletzt.

Einmal (bei Heilbronn). Bei Grabarbeiten in der Nähe des neuen Schulhauses stieß man auf Knochen. Es wurden zwei Skelette freigelegt, denen zur Seite zwei Leinwandstücke lagen. Ferner wurden Kerlen gefunden, von zwei Perlenketten herrirend, und ein Schwertknauf. Die Skelette dürften ein Alter von 1500-2000 Jahren haben.

Freiburg i. Br., 10. Febr. Nachdem es gestern und in der vergangenen Nacht im ganzen Schwarzwald und in der Rheinebene geschneit hat und eine Neuschneedecke von 10 bis 15 Zentimeter entstanden wurde, haben in den frühen Morgenstunden die Wälder nach Osten gedreht und einen kalten Temperaturrückgang mit sich gebracht. Auf dem Feldberg wurden 17 Grad Kälte, das sind 17 Grad mehr als gestern, gemessen. In Karlsruhe betrug die Temperatur am 10. Febr. 10 Grad, die Temperaturen annähernd 20 Grad.

Wippen, Amt Donauwuechlingen. Gestern früh brach in dem Wäldchen des Landwirts Johannes Sinf. ein allein stehendes Gebälge Feuer aus, welches das ganze Wäldchen in kurzer Zeit in Asche legte. Die Brandursache steht noch nicht genau fest, doch dürfte eine schadhafte elektrische Leitung den Ausbruch des Feuers veranlaßt haben. Der Besitzer hat sein ganzes Inventar verloren. Neben der Höhe des Brandschadens steht noch nichts genaues fest.

Table titled 'Börse der Devisennotierungen Mittelkurs' with columns for location, date, and exchange rates for various currencies.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Todesfälle und Verdauungszeiten. 9. Februar: August Rietz, 67 Jahre, Ehefrau a. D. Chemann, alt 56 Jahre, Feuerbestattung am 11. Februar, 12.45 Uhr. Ernst Klotz, Goldschmied, Chemann, alt 52 Jahre, Beerdigung am 12. Februar, 14 Uhr. Auguste Weisner, alt 77 Jahre, Witwe von Paul Weisner, Schlossermeister. Beerdigung am 12. Februar 11 Uhr. Friedrich Klatzer, Kaufmann. Beerdigung am 12. Februar.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Volker. Druck: Badische Druck- und Verlagsanstalt, Karlsruhe. Verlagsnummer: 17 Pfg.

Partei-Nachrichten

Weingarten. Mitgliederversammlung der SPD. Sonntag, 14. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal „Zum Röhle“ die Monatsversammlung der Sozialdem. Partei statt. Die Tagesordnung ist eine wichtige, es wird deshalb ein guter Besuch erwartet.

Sobenerwetterung. Heute Donnerstag, 11. Februar, findet abends 8 Uhr in der „Kanne“ die Gründungsversammlung der Eiern Front statt. Gen. Keller-Karlsruhe referiert. Sämtliche Genossen, Arbeiter, portier, Gewerkschaftler, die politisch auf unserem Boden stehen, werden erwartet.

Hfg. Schöpflin in Wilschbach. Wilschbach. Definitive Versammlung. Ein sehr erfrischendes Bild zeigte die von der Sozialdemokratischen Partei veranstaltete öffentliche Versammlung. Sie war von über 100 Personen besucht, darunter ein großer Teil junger Männer. Es dürfte seit Kriegsende als die bestbesuchte Versammlung in unserem Orte bezeichnet werden. Wir betrachten dies als Zeichen der wachsenden politischen Reife und des Reifens der Erkenntnis in der hiesigen Bevölkerung, daß es nun höchste Zeit ist, alle Kräfte zu vereinen, um den Feinden des heutigen Staates ihr verderbliches Handwerk zu legen. Genosse Schöpflin als Referent des Abends schilderte in sachlicher Weise die heutige politische Lage im Reich. An Hand von nackten Tatsachen und eigenen Erfahrungen war es ihm möglich, die Anweisungen voll und ganz über die heutige Situation in Karlsruhe zu legen. Seine Ausführungen betrafen die Rüstungswahn und die Abstützungskonferenz waren einmal offene, unverblümte Darlegungen, die die Dinge schilderten, wie sie wirklich liegen. Am Schluß seiner Ausführungen streifte Genosse Schöpflin die Frage der Eiern Front und legte deren Wert und Bedeutung den Anwesenden klar. Es dürfte eine unumgängliche Pflicht auch der hiesigen Republikaner sein, sich so schnell wie möglich mit der Bildung dieser Abwehrorganisation zu befassen. Der Vorsitzende der Partei stellte die Ausführungen des Genossen Schöpflin zur Diskussion, von der jedoch kein Gebrauch gemacht wurde. Der ruhige — ohne jeden Zwischenfall — Verlauf der Versammlung beweist, daß der Referent keine Illusionen, sondern die nackte Wahrheit den Anwesenden vor Gebör gebracht hatte, was dieselben auch durch reichen Beifall bezeugten.

Volkswirtschaft

Waldmaschinenfabrik Karlsruhe vom. Holz & Res. Zu dem am 30. Juni 1931 abgelaufenen Geschäftsjahr ist der Bruttoerlös auf 984 349 Mark (l. S. 1 683 648) zurückgegangen. Die allgemeinen Unkosten konnten auf 668 575 RM. (l. S. 1 118 288), die Steuern und Sozialabgaben auf 234 580 (l. S. 333 020) gebracht werden. Die Abschreibungen betragen 141 563 RM. (l. S. 275 780). Es ergibt sich somit ein Verlust von 60 569 RM. (l. S. 43 350). Zusammen mit dem Verlustvortrag aus 1929/30 von 121 960 RM. ergibt sich ein Gesamterlust von 182 550 RM. Es werden davon 150 000 RM. aus dem Reservefonds gedeckt, der am 30. Juni 1931 450 000 RM. enthielt, der Rest von 32 550 RM. wird neu als Verlust vorgetragen. Nach dem Bericht des Vorstandes haben die unangünstigen Wirtschaftsverhältnisse den Umsatz und das Ergebnis der Gesellschaft beeinträchtigt; hingegen war das Geschäftsgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht unbeschränkt. Die Umsätze blieben nur wenig hinter denjenigen des Vorjahres zurück.

MAGGI'S Fleischbrühwürfel. Preissenkung: 5 Würfel jetzt nur noch 17 Pfg.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

11. Februar 1932.

1905 † Dichter Otto Erich Hartleben. — 1908 † Sozialist Karl Klotz. — 1919 Verfassungsmäßige Regierung in Weimar gebildet. Ebert wird Reichspräsident. — 1920 Betriebsrätegesetz in Kraft. — 1929 Aufhebung des Kirchenstaates in Rom.

Im Winterkleid

Auf Regen folgt Sonnenschein, heißt ein altes Volkswort. Aber daß auf Sonnenschein bald Schnee die Erde bedeckt, ist doch selten. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch konnten die Erdenbürger es allerdings erleben, daß die am Nachmittage noch geherrschte sehr milde Witterung während der Nacht von frostigem Nordostwind, verbunden mit Schneefall und sogar mit Schneetreiben, abgelöst worden ist. Und diesmal hat es wirklich richtig geschneit, in solcher Masse, daß überall, selbst in der Ebene, eine respektable Schneedecke die Erde in Weiß hüllt. Die Jugend begrüßte das Schneegeschent mit großer Freude, die allerdings nachher dadurch etwas gedämpft wurde, daß der Wind nicht nur stark, sondern auch sehr kalt sich meldete und manchen Kindern das Robeln nur auf kürzere Zeit gestattete. Aber es schneit nun einmal so spärlich bei uns und trotz starker Kälte hieß doch die Lösung: Heraus mit den Robeschlitten! Mancher zeigte eine dicke Robspur auf dem weißen Grund, denn allzulange stand der liebe Schlitten in irgendeiner Ecke und wartete auf Schnee, ebenso wie die Kinder, die seit Wochen jeden Morgen ihre Nase an den Fensterscheiben plattbrühten und über Straßen, Höfe und Dächer hinweg Ausschau hielten nach dem Freund Schnee. So manches Kind hat doch erst zu Weihnachten einen Robeschlitten erhalten und seit dem Tauwetter um die Jahreswende stand er ungenützt da, er konnte nicht einmal recht eingeweiht werden. Die Jugend hatte es auch vielfach gar nicht erwartet, daß der weiße Winter kommen würde, und stellte sich schon mehr und mehr auf den Frühling um, was man an manchen Nachmittagen besonders auf den Spielplätzen und auf dem Schloßplatz beobachten konnte. Die Jugend widmete sich schon der Frühlingsbeschäftigung, aber nun war es wirklich noch einmal Winter geworden.

Vor einem großen Monumentalbau, der recht viele harte Bänke beherbergt, nämlich der Schule, wurde das weiße Geschenk voll gewürdigt. Schneebälle flogen hin und her, erzeugten Heiterkeit und auch — Tränen. Besonders hatten es die Buben auf die Mädels abgesehen. Am Tage vorher wurden letztere noch mit der Handprügele „gestreichelt“, jetzt aber waren Schneebälle die Würgegeschosse.

Schicht auf Schicht häufte sich der Schnee auf Straßen und Gehwegen. Sei, was stehen sich da für schöne Schleifbahnen glätten. Aber man mußte dabei vorsichtig sein, denn die Polizei konnte so etwas nicht begreifen und auch die übrigen Erwachsenden waren so „unvernünftig“ und streuten Salz oder Asche über die spiegelglatte Bahn. Der Zweck war: Die Schleifbahnen ganz kaputt zu machen. Im Interesse der Unfallverhütung.

Keinen großen Gefallen an dem weißen Gesellen finden natürlich die Hauseigentümer. So rücksichtslos und ungefragt er sich eingelassen hat, muß ihn der Hauseigentümer wieder entfernen; denn er haßt für etwaige Unfälle infolge Glatt-eises. Auch das Los der Rottelebenden wäre ohne Schnee und Eis ein leichteres. Sie können ebenfalls wie die Hausbesitzer sich nicht in die Freude teilen, die den Kindern durch das unerwartete Weiß bereitet wurde.

Schwerer Verkehrsunfall

Am Mittwoch nachmittags kurz vor 1 Uhr fuhr der in den 40er Jahren stehende Landwirt und Geflügelhändler Bauer aus Leutenschneureut mit seinem mit Gepäck beladenen Fahrrad aus der Scheffelstraße um die Kaiserallee zu überqueren. Anscheinend durch die durch den Schneefall verursachte Glätte war der Radfahrer nicht mehr in der Lage, um einem aus der Richtung Rühlburger Tor kommenden Straßenbahnzug mit Anhänger rechtzeitig auszuweichen und fuhr direkt in den Motorwagen hinein wobei er mit seinem Fahrrad unter den Motorwagen geriet. Trotzdem der Wagenführer verlor, den in voller Fahrt befindlichen Wagen aus dem Halten zu bringen, war es nicht zu vermeiden, daß dieser mit dem unter dem Wagen Liegenden und mit dem total zertrümmerten Fahrrad ca. 12 Meter auf den Schienen weiterrutschte. Wie durch ein Wunder wurde der in Lebensgefahr schwebende und um Hilfe schreiende Radfahrer von dem am Motorwagen angebrachten Radfahrer vor dem Ueberfahrenwerden gerettet.

Das Straßenbahnpersonal und hilfsreiche Passanten sogen den anscheinend schwerverletzten und stark blutenden Landwirt, nachdem der Motorwagen einige Meter zurückfahren mußte, unter der Straßenbahn hervor und trugen ihn in eine gegenüberliegende Ambulanz. Mit einem lebensgefährlichen Schädelbruch wurde er ins Krankenhaus eingeliefert.

Diebstahl in der Apotheke vor Gericht

Vor dem erweiterten Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Straub wurde heute gegen den Apothekergehilfen Oskar B. verhandelt, der am 13. Oktober letzten Jahres unter dem Verdacht des Diebstahls festgenommen wurde. Nach der Anklage soll er in der Zeit vom 1. April 1930 bis zum Tage seiner Verhaftung in der Löwen-Apotheke in Karlsruhe beschäftigt gewesen sein und während dieser Zeit eine Anzahl Medikamente, starkwirkende Stoffe und Gifte entwendet haben. Die Anklage lautet auf Diebstahl, außerdem Verstoß gegen die Polizeigesetze, die den Verkehr mit starkwirkenden Arzneimitteln regeln.

Zwei große Koffer haben die Gerichtsdienere in den Saal geschleppt. Eine Unmenge Flaschen, Fläschchen, Packungen und Behälter mit dem allermaßigsten Inhalt wurden auf dem Richtertisch aufgebaut. Fast ist eine kleine Apotheke fertig.

Der Angeklagte schilderte, wie er am 13. Oktober mittags zur Zurechtung in die Apotheke kam und ihn der Apotheker in sein Büro rief, angeblich um das Gehalt abzurechnen. Der Apotheker hielt ihm aber vor, daß in der homöopathischen Abteilung eine Anzahl Medikamente fehlen, und er fragte ihn, ob er nichts über deren Verbleib wisse. Der anwesende Kriminalbeamte nahm den Angeklagten zum Verhör mit. Dabei hatte der Angeklagte verschiedene Sachen in der Tasche. Als einmal der Kriminalbeamte auf einen Augenblick das Zimmer verließ, warf der Angeklagte eine Reihe Grawiottabletten zum Fenster hinaus. Ein zufällig des

Bürgersteuer erleichtert

Ein Erfolg der Sozialdemokratie

Vom 10. Februar ab tritt eine bedeutende Erleichterung bei der Bürgersteuer der Kurzarbeiter und aller anderen niedrig entlohnerten Arbeiter und Angestellten ein. Diese Arbeiter haben künftig nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu zahlen. Das ist der Inhalt der zweiten Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1931, die in den nächsten Tagen veröffentlicht wird.

Künftig sind alle Arbeitnehmer, die keine Lohnsteuer zu zahlen brauchen, weil ihr Lohn den steuerfreien Betrag nicht erreicht, nur noch mit dem halben Satz der Bürgersteuer heranzuziehen. Bisher galt der halbe Satz nur für diejenigen, die im Jahre 1930 lohnsteuerfrei waren. Nun gilt er für alle, die jetzt wegen ihres geringfügigen Einkommens lohnsteuerfrei sind. Wer also keine Lohnsteuer zahlt, bis jetzt aber — wie in Berlin und vielen anderen Städten — im ganzen 18 M., oder wenn er verheiratet ist, 27 M. Bürgersteuer abführen mußte, braucht künftig nur noch 9 M. bzw. 13,50 M. zu zahlen. Arbeitnehmer, die bisher nur den halben Steuerfuß zu entrichten hatten, erhalten keine weitere Ermäßigung. Sie zahlen nach wie vor den halben Satz der Bürgersteuer.

Bevor die Verordnung in Kraft treten kann, ist die Zustimmung des Reichsrats erforderlich. In dieser Zustimmung ist jedoch nicht zu zweifeln, sie wird in den nächsten Tagen erfolgen. Damit die Ermäßigung schon bei den Lohnzahlungen nach dem 10. Februar durchgeführt werden kann, ist der Entwurf der Verordnung bereits jetzt den Steuerbehörden mitgeteilt worden.

Die Verordnung ist das Ergebnis von Verhandlungen, die von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und allen Spitzenverbänden der Gewerkschaften zu Ende geführt worden sind. Ein weiterer Gegenstand dieser Verhandlungen war die völlige Befreiung der Kurzarbeiter und aller anderen niedrig entlohnerten Arbeitnehmer, die weniger verdienen, als die Richtsätze der Wohlfahrtsunterstützung in den einzelnen Gemeinden ausmachen. Solche Befreiungen sind von der sächsischen Regierung durch Verordnung vom 13. Januar 1932 den sächsischen Gemeinden nahegelegt worden. In dieser Verordnung heißt es:

Weges kommender Mann hob sie auf und brachte sie wieder heraus zur Kriminalpolizei. So kam man dahinter, daß der Angeklagte außerdem noch mehr solche Dinge in der Tasche hatte. So Baldrianextrakt, 4 Köhrens Treubühne Tabletten und Carbolsäure. Nach der Vernehmung wurde dann eine Sausuchung angeordnet, die allerlei Dinge zum Vorschein brachte. Es wurden dort gefunden: Morphium, Koffein, Salvarsan, Atropin, Karbochin, Digitalin, Arien, Veronal und eine ganze Menge anderer Arzneimittel. Dann erließ die Anklage über die Methode, wie die Entnahme von Arzneimitteln durch die Angeklagten vor sich geht. Er behauptete, daß er alle Waren, die er mit nach Hause nahm, besahalt habe. In einem Monat will er bis zu 20 Mark für Medikamente ausgegeben haben. Er ist auch der Auffassung, daß für die persönlichen Bedürfnisse über die Angeklagten hinaus, Einträge und Rezepte nicht notwendig sind. Die Verteidigung des Angeklagten ging aber auf darauf hinaus, die Entnahmen auf eine Zeit zu verlegen, in der die verlässliche behördliche Kontrolle noch keine Anwendung fand. Seit dem 1. April 1931 sind alle Apotheken verpflichtet, über alle starkwirkenden Stoffe und Gifte Lagerbücher zu führen und monatliche Kontrollen vorzunehmen.

Sehr oft gab es bei der Verhandlung eine kleine Auseinandersetzung zwischen Verteidigung und Vorlegenden. So z. B. darüber, ob ein Mittel rezeptpflichtig ist oder nicht. Es gab für den Angeklagten keine Frage, auf die nicht eine Erklärung bereit lag. Der Richter meint: Das Ganze steht aber doch sehr nach Diebstahl aus.

Es schloß sich an diese sehr umfangreiche Vernehmung des Angeklagten die Vernehmung der Zeugen an. Als erster wurde der Apotheker D. vernommen, der zu der Sache nichts weisentliches aussagen kann. Nach ihm kam der angeblich bestohlene Apotheker an die Reihe. Er gab als Grund der Entlassung unzuverlässiges Arbeiten an. Nachdem noch eine Zeugin vernommen war, sprach der Sachverständige Medizinalrat Dr. Schönig über die Substanz des Opiumgehees. Ein ziemlich schwieriges Kapitel auch für die Schöffen, die damit nicht jeden Tag umgehen.

Der Oberstaatsanwalt verlangte eine Bestrafung wegen Diebstahl und führt ferner noch eine Anzahl Gehees und Paracetapfen an, gegen die sich der Angeklagte verstoßen haben soll. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Weitz, beantragte Freilassung soweit die Anklage Diebstahl annimmt, der Verstoß gegen das Opiumgesetz sei mit einer Geldstrafe ausreichend gelöhnt. Dem schloß sich das Gericht an. Nach heinahe sechsständiger Verhandlung verurteilt der Vorsitzende das folgende Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Verbrechen gegen das Opiumgesetz zu einer Geldstrafe von 2400 M. verurteilt. Von einem Diebstahl ist das Gericht nicht überzeugt. Auch nimmt das Gericht nicht an, daß der Angeklagte mit den Giften Handel treiben wollte, schließlich ist die große Menge der Medikamente und Arzneimittel unverkäuflich, wie sie der Angeklagte bei sich dabei verwendete. Trotz alledem muß angenommen werden, daß der Angeklagte die entnommenen Waren auch besahalt hat und wurde deshalb in diesem Punkt von der Anklage freigesprochen.

Gaulag der Arbeiterfänger

Der Gau Baden des Deutschen Arbeiterfängerbundes hält seine diesjährige Gau-Generalsammlung am 28. und 29. Mai in Karlsruhe ab. Mit der Gau-Generalsammlung ist ein Festakt anlässlich des 40jährigen Bestehens des Badischen Arbeiterfängerbundes verbunden. Das Konzert findet am Sonntag, den 29. Mai, vormittags 11 Uhr, im großen Saale der Festhalle statt. An demselben werden das Orchester des Badischen Landesballets, namhafte Solisten, dann das Karlsruher Sängerkorps mitwirken.

Karlsruher Stadtrandfiedlung genehmigt

Der Reichskommissar für das Siedlungswesen hat die geplante Stadtrandfiedlung, die bekanntlich zwischen Grünwinkel und Sulach zu liegen kommt, endgültig genehmigt. Es sollen etwa 100 Siedlungshäuschen erstellt werden.

Bei Personen, die nach ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen zur Zahlung der Bürgersteuer tatsächlich außerstande sind, kann die Beitreibung unterbleiben, wenn sie vorherberein ausständig ist. Weisen Arbeitnehmer, für die eine Steuerart ausgestellt ist, der Gemeindebehörde im Einzelfall nach, daß die Bürgersteuer a. B. infolge langer Arbeitslosigkeit wegen besonders harter vorläufiger Arbeit, Krankheit oder anders hoher Kinderzahl nicht oder nicht voll bezahlbar wäre, wenn sie nicht Lohnempfänger wären, so kann der Gemeinderat die Bürgersteuer ganz oder teilweise erlassen. In diesen Fällen wird dem Gesuchsteller zweckmäßigerweise ein schriftlicher Bescheid erteilt, aus dem sich die Zeit, auf welche der Erlass ausgeföhrt wird, und seine Höhe — ob Voll- oder Teilerlass — ergibt. Händigt der Arbeitnehmer dem Bescheid dem Arbeitgeber aus, so hat dieser von dem Bürgersteuerabzug in dem auf dem Bescheid angegebenen Umfang abzusehen.

Dem Vorgehen der sächsischen Regierung hatten sich andere Städte, wie München-Gladbach, Zeitz, Karlsruhe (In Karlsruhe ebenfalls auf Anregung der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion! Die Red.) usw. angeschlossen. Sie verzichteten auf die Einziehung der Bürgersteuer, wenn das Einkommen der Kurzarbeiter die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung übersteigt. Der Reichsfinanzminister Dietrich erklärte sich den Verhandlungen mit dieser völligen Befreiung von der Bürgersteuer unter der angegebenen Voraussetzung einverstanden. Er will mit dem Deutschen Städtetag und den anderen kommunalen Spitzenverbänden eine dahingehende Vereinbarung treffen.

Gestützt auf das Beispiel der sächsischen Regierung ist es den Vertretern der Spitzenorganisationen gelungen, eine weitere für die Kurzarbeiter bedeutsame Zugabe von dem Reichsfinanzminister zu erhalten. Das Beispiel der sächsischen Regierung ist ein wichtiger Hinweis, auf welche Weise die Gemeinden die Arbeitnehmer von der Bürgersteuer freistellen können. deren Einkommen die Wohlfahrtsunterstützung übersteigt. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter müssen nunmehr dafür sorgen, daß die Möglichkeit zur Befreiung der Kurzarbeiter von der Bürgersteuer im vollen Umfang durchgeföhrt wird.

Lichtspielhäuser

Ellen Richter im Reif

Es ist eine läbliche Gewissenhaftigkeit der Kinodirektion der Karlsruher Lichtspiele, des Herrn Kasper, von Zeit zu Zeit den Karlsruher Kinofreunden die wertvollste Bekanntheit mit einer Ellen Richter, die in dem zur Zeit in den Karlsruher Lichtspielen laufenden Abenteuerfilm „Die Abenteuerin von Tunis“ Haupt- und Titelfigur spielt, im Hause Kaiser zu Gast, und von den Besuchern des Kinos in lebenswüchiger Weise von dem Kaiser vorstellt. Frau Richter dankte in herzlichster Weise die freundliche und kühnliche Beweiserführung und plauderte in interessanter und feiner Weise über ihre Erlebnisse in Tunis und Marokko und über ihren Film. Die Kinofreunde verließen das Kinosaal, man hätte ihr Stundenlang zubören mögen. Sie trat als Wienerin die Charme und Herzlichkeit der Oesterreicherin im Akt der Verbindung zwischen ihr und den Dörfern herab. Wenn sogar der kaltebrüchige Karlsruher „warm“ wird und es nahe zu einem Zwiegespräch zwischen der Künstlerin und dem „lieben Karlsruhe“ kommt, da muß Ellen Richter es belohnen auf verstehen, die Menschen zu pöden. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde ihr Bericht über die Entstehung des Films, einige ernste und heitere Begebenheiten während der Aufnahmezeit verfolgt. Trotz behördlicher Unterföhung und Förderung und Hilfe durch die Eingeborenen waren dennoch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Mit ganz anderen Augen und viel tieferem Interesse verfolgt man nach solcher Einführung den Film. Die Karlsruher dürfte sicher gern an die in Karlsruhe verlebten Stunden zurückdenken, das „Auf Wiedersehen“ war auf beiden Seiten herzlich und ehrlich gemeint. Auf den Film „Die Abenteuerin von Tunis“ kommen wir noch zurück.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weststadt

Samstag, den 12. Februar 1932, abends 8 Uhr. „Unter Linden“, Ede Vorstraße und Kaiserallee Hauptversammlung mit Vortrag des Genossen Heinz Bauer über „Wirtschaftsanarchie oder Sozialismus“. Weiter: Neuantritt der Bezirksleitung und Vertrauensmänner. Wir erziehen unsere Mitglieder zahlreich zu erscheinen.

Freiabend in der Alt-, Mittel- und Südweststadt
Donnerstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, in der Nähstraße Arbeiterwohnfahrt Freiabend. Vortrag des Genossen Landwehr Trinks.

Bezirk Küppurr

Überall rafft sich die Arbeiterfront auf, um der falschen, gefährlichen Wirkung entgegenzutreten. Deshalb rufen auch die Arbeiterfront unseres Vorortes auf zu einer großen Kundgebung, die am Sonntag, den 14. Februar, um 5 Uhr im Saale des Gasthauses zum „Grünen Baum“ stattfinden. Ein guter Redner ist gewonnen in dem Genossen Hermann Bollmann aus Florheim. Er spricht über das Thema: „Scheinsozialismus der Nationalsozialisten“. Weiter, Sport für Massenbesuch.

Kraichgau

Bretten

Der Bund der Kinderreichen hat in der letzten Woche seine Generalversammlung abgehalten. Die Ortsgruppe besteht heute aus 30 Familien. Seit dem einjährigen Bestehen wurden verschiedene Bergünstigungen für die Mitglieder erzielt. Der bisherige Vorstand, bestehend aus Albert Weber 1. Vorsitzender, Frau Rita Dorwart als 2. Vorsitzender, David Gerwai als Kassier, Albert Rudenius als Schriftführer und den Beisitzern Wilhelm Dürr und Frau Karl Schüle wurde wiedergewählt. Die Beratung verschiedener interner Angelegenheiten bildete den Abschluß der aufrichtigen Versammlung.

Invalidenversammlung

Sonntag nachmittag waren auf Einladung des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands im Württemberg Hof in Bretten zahlreiche Invaliden, Alters- und Witwenrentner erschienen, um die Ausführungen des Kollegen Heinrich Klingele (Karlsruhe) zu hören. In einstündigen Ausführungen zeigte er die Kämpfe auf, die die Rentner um ihre Rechte zu führen haben. Von Seiten der Unternehmer wird immer wieder auf die hohen Sozialkosten abgehoben. Durch die stets wachsende Arbeitslosigkeit gehen die Einnahmen der Sozialversicherung merklich zurück. Die Folge ist, daß überall Defizite den Versicherungsbeiträgen zu schaffen machen. Die durch den Krieg verloren gegangenen Milliarden fehlen. Leider greift das Reich ebenfalls mit nur ungenügenden Mitteln ein. Überall wird versucht, von den weitaus Marx an Rente noch Absätze zu machen. Durch Schaffung einer freien Organisation müssen sich die Invaliden vor der bürokratischen Willkür schützen. So wie die hohen und höchsten Pensionsempfänger die Vorteile der Organisation erkannt haben, müssen es die Kleinen erkennen. Der Arbeitslosenverband ist die Organisation, die für alle ihre Mitglieder das unternimmt, was zur Erhaltung oder Erlangung einer Rente notwendig ist. Die interessantesten Ausführungen fanden eine aufmerksame Zuhörerschaft. Die Beamtenschaft brachte Anfragen bildete den Abschluß der Versammlung.

Bruchsal

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Wir machen unsere Mitglieder auch an dieser Stelle auf unsere am Freitag, 12. Februar, in der Stadt. Lebehalle stattfindende ordentliche Generalversammlung aufmerksam. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Bildungsarbeit für weibl. Arbeitslose. Heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, findet im Jugendklub der Gewerkschule der Lichtbildervortrag von Frau Direktor Baumgartner statt mit dem Thema: „Wie losse ich mich?“ Die im Anschluß an den Beiratsnachmittag in Aussicht genommene Schloßbesichtigung ist auf Freitag, 12. d. M., nachmittags 2 Uhr, festgesetzt.

Vortrag. Wir verweisen auch an dieser Stelle auf den heute, Donnerstag abend, in der Lebehalle bei der S.M.L. stattfindenden Vortrag des Genossen Stadtrat Staber. Der Vortragende wird auf die gegenwärtige politische Situation im Reich eingehen und es wäre ein Besuch des Abends auch von weiteren Mitgliederkreisen wünschenswert.

Die Polizei meldet u. a.: Vorläufig festgenommen und in das Bezirksgefängnis eingeliefert wurde eine Person wegen Fahrraddiebstahl, im Notarrest untergebracht wurden drei Personen wegen Trunkenheit. — Zur Anzeige gelangten eine Person wegen Sachbeschädigung, zwei Personen wegen arabischen Anzugs, 1 Kraftfahrer wegen Uebertretung der Kraftfahrzeuerverordnung. Ermittelt wurden drei Personen, welche von auswärtigen Behörden gesucht wurden.

Autosammenstoß. Am 8. Februar, 17.30 Uhr, stießen an der Ecke Wolke- und Büchsenauer Straße ein Personenkraftwagen mit einem Kraftwagen zusammen, wodurch das Kraftfahrzeug leicht beschädigt wurde. Personen wurden nicht verletzt. Am 9. Februar gegen 12 Uhr stießen an der Kreuzung Kaiser-Schloßstraße ein Personenkraftwagen mit einem Lieferwagen zusammen, wodurch an dem Personenkraftwagen der hintere Koffiziel, sowie sonstige Autoteile erheblich beschädigt wurden. An dem Lieferwagen wurden beide vordere Koffiziele, der Gassirahmen und sonstige Beschädigungen hervorgerufen, so daß er seine Fahrt nicht mehr fortsetzen konnte. Die Schuld trifft beide Fahrer. — Am 9. Februar gegen 15 Uhr stießen auf der Landstraße Bruchsal-Heidelsheim zwei Personenkraftwagen zusammen, wobei an beiden Fahrzeugen erheblicher Schaden entstand. Eine mitfahrende Person wurde durch Glassplitter an der Unterlippe und oberhalb der beiden Augen verletzt und mußte genäht werden. Die Schuld trifft beide Fahrer.

Schweinemarkt vom 10. Februar. Angefahren wurden: Milchschweine 52, Läufer 17. Verkauft wurden 30 bzw. 8. Höchster Preis, Paar 24 M bzw. 35 M. Höchstster Preis, Paar 22 M bzw. 32 M. Niedrigster Preis, Paar 20 M bzw. 30 M.

Der Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Bruchsal

Hielt am Sonntag, 7. Februar, seine tagungsgemäße Generalversammlung im Gasthaus zum „Roten Bahr“ ab. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der 1. Vorsitzende begrüßte die Mitglieder und gab die Tagesordnung bekannt, die sechs Punkte umfaßte: 1. Berichtigung des Protokolls, 2. Geschäftsbericht 1931, 3. Kassenbericht, 4. Bericht der Rentner, 5. Neuwahl des Ortsgruppenvorstandes, 6. Bericht des Kassierers, 7. Bericht des Schriftführers, 8. Protokoll, das Anerkennung fand. Den Geschäftsbericht gab der 1. Vorsitzende, Koll. J. A. Schöff, es war daraus zu entnehmen, daß außerordentliches geleistet wurde, was auch von den Mitteilern volle Anerkennung fand. Durch Tod wurden uns fünf Mitglieder entzogen. Den Kassenbericht gab der Kassier Koll. Johann Wölle. Der Bericht war bei der heutigen Zeit als erfreulich zu bezeichnen. Bericht der Rentner gab Koll. Alwin Wölle. Darauf wurde dem Kassier der Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wurden zum 1. Vorsitzenden Koll. J. A. Schöff, 2. Vorsitzender Koll. Matthias Schneider, zum Kassier Koll. Tob. Wölle, Schriftführer Koll. Aug. Wölle, zu Rentnern die Kollegen Koll. Krebber und Alwin Wölle, zu Beisitzern die Kollegen Tob. Wölle und Felix Schwanninger gewählt. Der Vorsitzende dankte den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen. Bei Punkt Beschäftigung sprach noch der Vorsitzende über Rentenabbau, Fürsorge und Selbsthilfenversicherung unter dem Titel „Wir klagen an“, der in der nächsten Zeit zur Veröffentlichung kommen soll. Zur Zeit zählt die Ortsgruppe 284 organisierte Mitglieder, es wäre jedoch sehr wünschenswert, daß sich gerade bei den jetzigen Verhältnissen noch mehr sich dieser Organisation anschließen möchten.

Abgabe verbilligter Kohlen an Erwerbslose. In den nächsten Tagen wird mit der Ausgabe der zweiten Serie Besuchscheine für verbilligte Kohlen an Erwerbslose und sonstige besuchsberechtigte Hilfsbedürftige begonnen. Die Besuchscheine gelten für zwei Zentner Kohlen jeder Art. Die Verbilligung gegenüber dem gewöhnlichen Preis und zwar unter Nichtinrechnung der den Erwerbslosen vom Kohlenhandel eingeräumten Preisermäßigungen beträgt 30 Pfennig je Zentner. Dieser Differenzbetrag geht zu Lasten des Reiches. Das Arbeitsamt die Scheine aus für die von ihm zu vergebenden Erwerbslosen Woche vom 11. bis 17. Februar 1932. Vom Arbeitsamt darf nur solche Erwerbslose, welche in der Ausgabeweche vom Arbeitsamt Unterstützung erhalten und soweit sie mindestens einen nachfolgenden Besuchsbescheinigung vorübergehend arbeitsunfähig Erkrankte, sowie ihre Arbeitsfähigkeit bis zum 20. Februar 1932 wieder erlangt. Alle übrigen Erwerbslosen, insbesondere Ausgesteuerte und

sonstige besuchsberechtigte Hilfsbedürftige werden von den Fürsorgeträgern, das sind in der Hauptsache die Gemeinden, verfolgt. Letzteres gilt auch von solchen Arbeitslosen, bei denen während der Ausgabeweche die Kartezeit läuft oder die aus irgendeinem sonstigen Grunde noch keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Bei nicht rechtzeitigem Besuche verfällt der Anspruch auf Ausbändigung eines Besuchscheines.

Sulzfeld. Sonntag, 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, fand die Generalversammlung unserer Partei im Gasthaus zum „Badißchen Hof“ statt. Der Vorstand erstattete den Bericht über das verlossene Jahr, aus dem zu ersehen war, daß trotz der schweren Zeit unsere Partei sich auf gehalten hat. Der Kassier gab den Kassenbericht, der der Zeit entsprechend als ein guter bezeichnet werden darf. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes zeigte sich, daß die Versammlung mit dem alten Vorstand zufrieden war und er wurde daher per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Bei Besprechung der Gemeindepolitik wurde hauptsächlich über die Arbeitsbeschaffung gesprochen, denn die Arbeitslosigkeit ist in unserem Ort eine sehr große. Daher wäre es höchste Zeit, das Projekt: Entwässerung des Kohlbachtals mit aller Energie zum Abschluß zu bringen. Am Samstag, 13. Februar, abends 8 Uhr, findet eine Bürgerauskunft im Rathausaal statt, wo nochmals der Bürgermeister über die Finanzierung und über den Gang der Arbeiten Auskunft erteilt wird. Hier wird man sehen, wer für die Arbeitslosen eintritt. Bei dieser Frage ist jedoch eine Vorbereitungs notwendig, die am Freitag abend 8 Uhr im „Badißchen Hof“-Saal stattfindet. Zu dieser Besprechung sind auch unsere Volksfreundler und sonstige Interessenten freundlichst eingeladen.

Albtal

Ettlingen

Unterdrückung. Man schreibt uns: Ettlingen ist seit einigen Tagen in Aufruhr. Zwei städtische Beamte sollen sich der Unterschlagung schuldig gemacht haben. Wenn es sich tatsächlich um eine Unterschlagung handelt, was die nähere Untersuchung ergeben wird, so ist es allerdings von den betr. Beamten kein schöner Zustand, zumal sich beide der Achtung der überwiegenden Mehrheit der Ettlinger Bevölkerung erfreuen konnten. Was aber viel schwerer ins Gewicht fällt, ist zunächst die Leichtfertigkeit gewisser Kreise, die aus den ca. 300 Mark 30 000 Mark machen, die unterschlagen worden sein sollen. Man muß sich nun weiter fragen, wie ist es möglich, daß der Rechnungsrat erst im Jahre 1932 den Fehler entdeckt hat, nachdem er 1927 gemacht worden sein soll. Er schneidet sich damit ins eigene Fleisch. Der Uebereifer, die Staatsanwaltschaft zu alarmieren, anstatt die vorgesetzte Behörde in diesem Fall den Bürgermeister, zunächst über das Geschehene zu unterrichten, läßt allerdings Schlimmes zu. Oder sollten ihn gewisse Hintermänner zu seinem Uebereifer veranlaßt haben? Summa der eine schon längst die Entfernung des einen oder andern in städtischem Dienst stehenden Beamten propagiert, um anscheinend seinen Schwierigkeiten an dessen Stelle zu setzen? Soviel für heute. Man wird in Zukunft mehr wie bisher gewissen Leuten Beachtung schenken müssen.

Langensteinbach

Arbeiterkassen! Auf die morgen, Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Sonne“ stattfindende Abteilungsverammlung sei besonders hingewiesen. U. a. wird Gen. Schwan über „Die Eisernen Front“ referieren. Kein Genosse fehle!

Die Polizei berichtet:

Brandshäden

Im Verpackungsaum einer Firma in der Kaiserstraße entstand beim Auftauen von eingetorenem Bodenöl in der Nähe eines Kohlenofens durch einen unglücklichen Umstand Feuer, das im Augenblick auf eine Kartothel sowie auf einen Tisch übergrang. Der Brand konnte mittels Sombreluerlöschapparaten sofort auf keinen Verd beschränkt werden, so daß die mittlerweile erschienene Feuerwehr leichte Arbeit hatte, um die Flammen zu löschen. Der entstandene Sach- und Gebäudeschaden dürfte etwa 1200 M betragen. In vorgangener Nacht wurde die Berufsfeuerwehr nach einem Anruf der Kaiserstraße gerufen. Infolge eines Kaminshadens waren zwei Balken in Brand geraten; die Feuerwehr mußte den Fußboden aufreißen, um an den Brandherd zu gelangen. Nach etwa einständiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt. Der entstandene Gebäudeschaden beträgt einige hundert Mark.

Diebstähle

Gestern nachmittags wurden zwei unangehässen aufgestellte Fahrräder entwendet; ein offenbar von einem Diebstahl herührendes älteres Fahrrad wurde der Polizei als Fundgut übergeben.

Verbotene Flugblätterverbreitung

Am Donnachstagsmorgen wurden auf der Hauptstraße in Durlach von bis jetzt noch unbekanntem Kommunisten Flugblätter verteilt. Die polizeilichen Ermittlungen sind eingeleitet.

Vorläufige Wettervorhersage der Badißchen Landeswetterwarte

Bei anhaltender Luftzufuhr aus Nordosten sind die Temperaturen noch etwas weiter gestiegen. Sie erreichten heute nacht in der Rheinebene minus 12 Grad, in mittleren Gebirgslagen minus 15 Grad und auf dem Feldberg minus 21 Grad. Im Süden des Landes hat es weiter geschneit, während der Norden seit gestern trocken und ziemlich heiter blieb. Die Schneedecke ist aber nur oberhalb 1000 Meter beträchtlich angewachsen. Die Wetterlage wird sich vorerst nicht ändern.

Weiterraussichten für Freitag, den 12. Februar 1932: Fortdauer des winterlichen Frostwetters.

Wasserstand des Rheins

Basel minus 36; Raddsbühl 176, Gef. 1; Schutterinsel 24, Gef. 4; Rehl 178, Gef. 5; Waxau 341, Gef. 3; Mannheim 208, Gef. 7; Caub 145, Gef. 6 Zentimeter.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Montag, den 15. Februar 1932, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus, Schützenstr. 16, General-Versammlung statt. Hierzu sind alle Mitglieder eingeladen. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird gebeten.

Veranstaltungen

Donnerstag, 11. Februar:

Badißchen Landesbühnen: Der Strauß. 20 Uhr.
 Casino-Theater: Das große internationale Varieteprogramm. 20 Uhr.
 Gloria-Theater: Der Schlemmer. Tonbelprogram.
 Kommer-Theater: Das goldene Pferd. Bis morgen früh. Programm.
 Volkshaus-Theater: Das Pferd bei der. Bis morgen früh. Programm.
 Wald-Theater: Ein Richter in: Die Abenteuer von Zuntz. Belprogramm.
 Union-Theater: Hölle — Ueberfall. Belprogramm.
 Ruffee Bauer: Heute abend: Gesellschaftsanz. Eintritt frei.

**Sunlicht
Produkte
billiger!**

und wertvolle
Gutscheine dazu!

SUNLIGHT SEIFE

- DOPPELSTÜCK 27 PFG
- WURFEL 23 PFG
- DIE NEUE PACKUNG 10 PFG

LUX SEIFENFLOCKEN

- DOPPELPAKET 45 PFG
- NORMALPAKET 27 PFG
- REISEPAKET 18 PFG

VIM

- DOPPELDOSE 35 PFG
- NORMALDOSE 20 PFG

SUMA

- ORIGINAL-PAKET 36 PFG

.. UND DIE
neue
Atlantis
TOILETTE-SEIFE
ZU 25 PFENNIG

004-SP3-137

SUNLIGHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM - BERLIN

